

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

### Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 419—420

Im Gegensatz zu den Vormonaten war im September die zusätzliche finanzielle Beanspruchung der Notenbank nur gering. Da gleichzeitig wieder ein größerer Betrag in den ERP-Fonds eingezahlt wurde, ging der *Notenumlauf* beachtlich — um rund 140 Mill. S — zurück. Zuzufolge der nur geringen Erhöhung der *freien Verbindlichkeiten* nahm auch der *Gesamtumlauf* (Noten plus freie Verbindlichkeiten der Nationalbank) um rund 120 Mill. S ab. Dem Zugang auf den Konten öffentlicher Stellen um rund 38 Mill. S standen Abhebungen der Kreditinstitute in Höhe von rund 18 Mill. S gegenüber.

Die zeitweilig gesperrten Nationalbankguthaben öffentlicher Stellen (Hilfsfonds) haben sich in der Berichtsperiode um rund 226 Mill. S vermindert; da gleichzeitig auch auf der Aktivseite rund 344 Mill. S von der Post „Forderungen an den Bundesschatz“ abgebucht und zusätzlich rund 70 Mill. S für im Rahmen des außerordentlichen Budgets vorgesehene Investitionen freigestellt worden sind, dürften im September rund 190 Mill. S auf dem Hilfsfonds eingezahlt worden sein. Insgesamt sind im Laufe der ersten drei Quartale des Jahres 1949 1.788 Mill. S in den ERP-Fonds geflossen<sup>1)</sup>, was einem Monatsdurchschnitt von 199 Mill. S entspricht.

Am 19. September wurden aus den ECA-Konten offiziell 187 Mill. S freigegeben, davon 94 Mill. S für Industriekredite und 93 Mill. S für staatliche Investitionen im Rahmen des außerordentlichen

<sup>1)</sup> Dieser Betrag, der sich aus der Differenz der Kontenstände vom 31. Dezember 1948 und 30. September 1949 plus Freigaben errechnet, dürfte noch etwas zu niedrig liegen, da das Konto „zeitweilig gesperrte Verbindlichkeiten öffentlicher Stellen“ außer den ERP-Konten noch andere Posten ohne ausgesprochene Amerika-Bindung (z. B. frühere Hilfslieferungen) umfaßt, von denen ebenfalls gewisse Summen abgehoben worden sein dürften. Die im Jahre 1949 bis einschließlich September eingelaufenen ERP-Erlöse betragen schätzungsweise rund 1.900 bis 2.000 Mill. S. (Die im letzten Monatsbericht auf Seite 145 angegebene Ziffer von 930 Mill. S beruht auf einem drucktechnischen Versehen.)

Budgets sowie für Investitionen in der Landwirtschaft<sup>2)</sup>.

Die im September erfolgte *Abbuchung von der Bundesschuld* an die Nationalbank setzt sich aus folgenden Posten zusammen:

120 Mill. S aus der Mai-Freigabe (im Mai 1949 wurden 300 Mill. S freigegeben, davon 120 Mill. S für „Aufbaukredite“ und 180 Mill. S für staatliche Investitionen [ao. Budget]. Bekanntlich muß der für Aufbaukredite freigegebene Betrag von der Bundesnotenschuld abgebucht werden; die Abbuchung war jedoch bisher noch nicht erfolgt, da der Bund diese Beträge zunächst für sich verwendete)

130 Mill. S aus der August-Freigabe (im August 1949 wurden 225 Mill. S freigegeben, davon 130 Mill. S für „Aufbaukredite“ und der Rest von 95 Mill. S für staatliche Investitionen; die Abbuchung wurde im August nicht mehr durchgeführt)

94 Mill. S aus der September-Freigabe (im September wurden, wie oben bereits erwähnt, 187 Mill. S freigegeben, davon 94 Mill. S für „Aufbaukredite“ und 93 Mill. S für staatliche Investitionen und für die Landwirtschaft)

Zus. 344 Mill. S

Da die August-Freigabe erst im September kontennmäßig durchgeführt wurde, hätten dadurch dem Staate zusätzlich rund 94 Mill. S für Investitionen aus dem Hilfsfonds zufließen müssen; ebenso wäre der aus der September-Freigabe für staatliche und landwirtschaftliche Investitionen vorgesehene Betrag von 93 Mill. S aus dem Hilfsfonds freizustellen gewesen. Da jedoch der für die Mai-Freigabe von der Bundesnotenschuld abzubuchende Betrag (120 Mill. S) bereits damals im Vorgriff vom Staat beansprucht worden war, dürften die erwähnten Freistellungen für das außerordentliche Budget (94 und

<sup>2)</sup> Am 19. Oktober wurden weitere 388 Mill. S aus dem Hilfsfonds freigegeben, davon 110 Mill. S für Industriekredite, 30 Mill. S für Arbeiterwohnbauten, 15 Mill. S für den Fremdenverkehr, 70 Mill. S für den Ausbau der Wasserkraftwerke, 69 Mill. S für die Landwirtschaft, 14 Mill. S für die Forstwirtschaft, 20 Mill. S für den Kohlenbergbau, 50 Mill. S für die Bundesbahnen und 10 Mill. S für die Post.

93 Mill. S aus der August- und September-Freigabe) um diese 120 Mill. S vermindert worden sein, so daß insgesamt im September rund 410 Mill. S effektiv aus dem Hilfsfonds geflossen sind (darunter für außerordentliches Budget bzw. Landwirtschaft noch rund 70 Mill. S).

Außer der besprochenen Abbuchung von der Bundesschuld hat sich die Aktivseite der Nationalbankbilanz in der Berichtsperiode nur wenig verändert. Der Devisen- und Teilmünzenbestand verringerte sich um rund 12 Mill. S; „Aufbauwechsel“ wurden zusätzlich für rund 47 Mill. S finanziert<sup>1)</sup>, während der Bestand an rediskontierten Handelswechseln um rund 34 Mill. S abnahm. Auffallend ist die geringe Zunahme der von der Nationalbank finanzierten Besatzungskostenschatzscheine (plus 15 Mill. S) und die Tatsache, daß die Kreditinstitute Schatzscheine nach § 27 W.Sch.G. im Betrage von rund 18 Mill. S rücklösten. Die im ganzen geringe Beanspruchung der Notenbank dürfte zum Teil auf die Haltung der Notenbank selbst zurückzuführen sein, welche mit der Finanzierung von Schatzscheinen zurückhaltender geworden ist.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* stiegen, nachdem sie im Juli zurückgegangen waren, im August um rund 172 Mill. S. Fast der gesamte Zugang entfiel auf die Scheckeinlagen (rund 170 Mill. S), während sich die Sparkonten nur um rund 2 Mill. S erhöhten. Die Verlangsamung der Spareinlagenerhöhung dürfte — abgesehen von ihrem Saisoncharakter — auch dadurch bedingt gewesen sein, daß die im Publikum weit verbreitete irrtümliche Gleichsetzung von Abwertung und Abschöpfung vielfach wieder zu erhöhten Käufen geführt hat.

Der *Kapitalmarkt* war durch eine allgemeine, allerdings wohl hauptsächlich auf die Abwertungsgerüchte zurückzuführende Belebung gekennzeichnet. Der bisher<sup>2)</sup> vom Institut berechnete Kursindex von 23 Industrieaktien erhöhte sich von Mitte September bis Mitte Oktober um 7%, von 276·7 auf 296·2 (März 1938 = 100). Die Umsätze auf dem *Aktienmarkt* haben sich mehr als verdoppelt. Gleichzeitig stiegen auch die Kurse der *fest verzinslichen Werte* um 6% (von 83·0 auf 88·1; 28. März 1945 = 100). Besonders Industrieobligationen konnten infolge der Wiederaufnahme des Zinsendienstes durch einige Firmen Kursgewinne erzielen. Auch die Bundes-

schuldverschreibungen 1947 zogen von 38·75 auf 40·00 S pro 100 S Nominale an.

*Kurs der 2%igen Bundesschuldverschreibungen 1947*  
(Notierung ab 7. Februar 1949)

Monatsmitte	S pro 100 S Nominale	Monatsmitte	S pro 100 S Nominale
1949 II. . . .	65—	1949 VII. . . .	50—
III. . . .	60—	VIII. . . .	44·50
IV. . . .	60·75	IX. . . .	38·75
V. . . .	60·25	X. . . .	40—
VI. . . .	51—		

**Zur Entwicklung des Kreditvolumens im 2. Quartal 1949**

Wie zu erwarten war, hat sich die seit der Währungsreform beobachtete *Kreditausweitung* auch im 2. Quartal 1949 *fortgesetzt*. Der Gesamtstand der bei den Kreditinstituten aushaftenden Kredite erhöhte sich von März bis Ende Juni um rund 562 Mill. S (von 4.915 Mill. S auf 5.477 Mill. S), worin rund 140 Mill. S (25% der Kreditausweitung) aus ERP-Freigaben finanzierte „Aufbaukredite“ enthalten sind. Die Zunahme des Kreditvolumens war damit etwas geringer als im 1. Quartal 1949, für das die entsprechenden Ziffern 709 Mill. S und 125 Mill. S lauten. Insgesamt beträgt die Kreditausweitung seit der Währungsreform 3.330 Mill. S, d. s. 155% des Standes am 31. Dezember 1947 (davon 1.271 Mill. S im 1. Halbjahr 1949). Das entspricht einer durchschnittlichen Zunahme von 185 Mill. S im Monat.

Wie aus der Abnahme des Gesamtzuwachses im 2. Quartal gegenüber jenem im 1. Quartal hervorgeht, hat die verringerte Liquidität einzelne Kreditinstitute bereits zu einer vorsichtigeren Kreditpolitik veranlaßt. Auch im 3. Quartal dürfte diese Tendenz angehalten haben; den Instituten sind zwar neue Mittel zugeflossen, jedoch hauptsächlich in Form von Scheckeinlagen. Soweit Freigaben aus dem Hilfsfonds erfolgten (im August und September wurden weitere rund 225 Mill. S für Aufbaukredite an die Industrie freigegeben), bestand weiterhin die Möglichkeit, die Kreditausweitung fortzusetzen.

Im 2. Quartal 1949 stand die Kreditgewährung verstärkt unter dem Zwange, die Rohstofflieferungen im Rahmen des ERP zu finanzieren. Dies kam in einer ausschließlichen Zunahme der *mittelfristigen* (+ 398 Mill. S) und der *kurzfristigen* Kredite (+ 299 Mill. S), bei gleichzeitiger Abnahme der *langfristigen* Kredite (— 135 Mill. S) zum Ausdruck. Dadurch erhöhte sich der Anteil der mittel- und kurzfristigen Kredite von 55% auf 62% des Gesamtstandes. Die Kreditstruktur nach der Kredithöhe wurde durch diese Veränderungen jedoch kaum

<sup>1)</sup> Insgesamt wurden bis Ende September Industriekredite (Aufbauwechsellkredite) in Höhe von rund 706 Mill. S durch die Nationalbank finanziert.

<sup>2)</sup> Siehe nächste Seite: Verbesserte Neuberechnung des Aktienkursindex.

beeinflusst. Wie bisher sind rund 80% der gegebenen Kredite *Großkredite* (über 50.000 S). Allerdings macht sich eine leichte Tendenz zur Erhöhung des Anteiles der Kleinkredite (unter 10.000 S) bemerkbar.

Wie im ersten Quartal entfiel auch im zweiten Quartal ein relativ großer Teil (160 Mill. S oder 28%) der neuen Kredite auf *Handel und Verkehr*<sup>1)</sup>, wobei Kredite an den Großhandel zur Finanzierung von Rohstoffeinkäufen die Hauptrolle gespielt haben dürften. Der Anteil von *Industrie und Bergbau* an der Kreditausweitung, zusammen 127 Mill. S, ging dagegen bedeutend zurück (von 50% auf 23%). Ebenso verloren die Kredite an die *Landwirtschaft*, an das *Gewerbe* und an die *öffentlichen Körperschaften* relativ an Bedeutung. Die bisherige Post „*Sonstige Kreditnehmer*“ weist jedoch ebenfalls eine über dem Durchschnitt liegende Zunahme (168 Mill. S) auf; sie dürfte etwa zur Hälfte auf Kredite für Wohnhausaufbau- und Hausreparaturzwecke entfallen<sup>2)</sup>.

Als kreditgewährende Institute stehen nach wie vor die *Banken* im Vordergrund. Ihr Anteil an der Kreditausweitung ging im 2. Quartal allerdings etwas zurück (67% gegenüber 86% im 1. Quartal 1949). Dagegen ist vor allem der Anteil der Sparkassen und der landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften gewachsen.

#### Verbesserte Neuberechnung des Aktienkursindex

Die trotz verschiedener Hemmnisse fortschreitende Normalisierung des Aktienmarktes und die Tatsache, daß wieder eine größere Anzahl von Aktien regelmäßig an der Börse notiert, haben eine *Erweiterung und Neuberechnung* des bisher vom Institut veröffentlichten Aktienkursindex, der sich auf 23 Industrieaktien stützte, möglich gemacht. Der neue Index, der durch *Verkettung* verschiedener, einzelne Zeitabschnitte umfassender und je nach Anfall neuer Notierungen erweiterter Teilindizes entstanden ist, erfaßt gegenwärtig die *Kurse von 36 Industrieaktien* und damit rund 40% aller im Kursblatt enthaltenen Aktien mit 71% des gesamten Aktienkapitals.

<sup>1)</sup> Die an Handel und Verkehr gegebenen Kredite haben sich um 21% erhöht, während die Gesamtzunahme des Kreditvolumens nur 11% beträgt.

<sup>2)</sup> In der Kreditstatistik der Österreichischen Nationalbank sind neuerdings die Posten „Wohnhausaufbau- und Hausreparaturzwecke“ sowie „Kreditinstitute“, die bisher unter „Sonstige Kreditnehmer“ geführt wurden, gesondert angegeben („Wohnhausaufbau“ rückwirkend einschließlich 2. Halbjahr 1948, „Kreditinstitute“ erst mit 30. Juli 1949).

Der erweiterte Index gliedert sich in einen Gruppenindex der Aktienkurse *nichtverstaatlichter Gesellschaften* (26 Aktien) und einen Index, der die Kurse der Aktien *verstaatlichter Gesellschaften* erfaßt (10 Aktien). Das Verhältnis zwischen verstaatlichten und nichtverstaatlichten Gesellschaften im Index entspricht weitgehend den wirklichen Gegebenheiten<sup>3)</sup>, so daß der Gesamtindex als arithmetischer Durchschnitt aller erfaßten Aktien ermittelt werden kann, ohne daß irgend eine Gruppe ein größeres Übergewicht erhält.

Der *Gesamtindex* umfaßt 4 Gesellschaften der Bauindustrie, 3 der Brauindustrie, 3 der Papierindustrie, 4 der Elektroindustrie, 3 der Textilindustrie, 2 der Elektrizitätserzeugung, 2 des Magnesitbergbaues, 2 der chemischen Industrie, 3 der Nahrungsmittelindustrie und 10 Gesellschaften der Metallindustrie. Für 8 Zweige (Bau-, Brau-, Papier-, Textil-, Metall-, Nahrungsmittelindustrie, Magnesitbergbau, Elektrizitätserzeugung) werden *Zweigindizes*<sup>4)</sup> gerechnet und im Tabellenteil zusammen mit dem Gesamtindex, dem Index der verstaatlichten und jenem der nichtverstaatlichten Betriebe monatlich veröffentlicht.

Wie erwartet weicht der neue (erweiterte) Gesamtindex nicht wesentlich von dem bisher berechneten Aktienindex ab (siehe Übersicht im Tabellenteil sowie umseitige graphische Darstellung). In der Zeit vor der Währungsreform lag der neue Index bis gegen Ende 1946 etwas über dem alten Index und ging dann bis Ende 1947 praktisch mit ihm parallel. Im Jahre 1948 hingegen und in den abgelaufenen Monaten des Jahres 1949 bewegte sich der neue Index wieder etwas über dem Niveau des bisherigen Index.

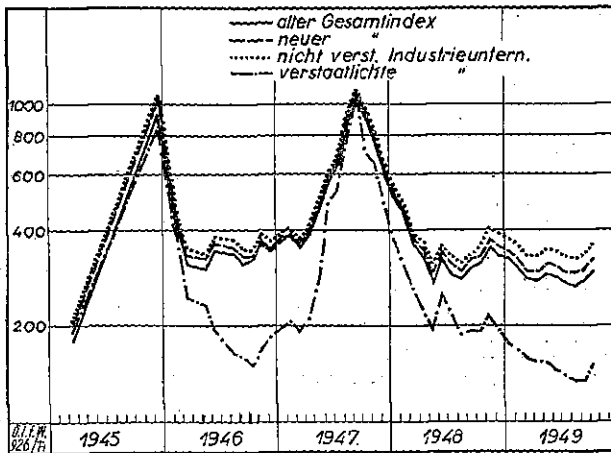
Die für die verstaatlichten und nichtverstaatlichten Gesellschaften gesondert errechneten Gruppenindizes zeigen eine *beträchtlich voneinander abweichende Bewegung*, wobei die Aktien privater Gesellschaften (mit Ausnahme der Zeit kurz vor der Währungsreform) ein relativ höheres Kursniveau aufweisen.

Die Aktien der verstaatlichten Betriebe verzeichnen Kurse tief unter dem allgemeinen Durchschnitt. Sie stellen praktisch nur ziemlich unsichere

<sup>3)</sup> Nach der *Firmenzahl* beträgt der Anteil der verstaatlichten Gesellschaften in beiden Fällen (Wirklichkeit und Index) etwa ein Viertel; ebenso entfallen beide Male etwa 45% des gesamten *Aktienkapitals* auf verstaatlichte Gesellschaften. Die einzelnen Gesellschaften wurden nach der kapitalmäßigen Bedeutung sowie nach dem Kriterium der Vergleichbarkeit mit 1938 ausgewählt.

<sup>4)</sup> Die *Zweigindizes* enthalten die Aktien privater und verstaatlichter Gesellschaften.

Die Entwicklung der Indizes der Aktienkurse.  
(Logarithmischer Maßstab; März 1938 = 100)



Der neue, erweiterte Aktienkurs-Index verläuft ähnlich wie der bisherige Gesamtindex. Die Aktien der privaten Gesellschaften besitzen gegenüber den Aktien der verstaatlichten Gesellschaften ein bedeutend höheres Kursniveau.

Anteilscheine auf eine Entschädigung dar, über deren Höhe und Art ebensowenig bekannt ist wie über den Zeitpunkt ihrer Honorierung.

Der neue Gesamtindex, der im September mit 298·6 (März 1938 = 100) den bisher gerechneten Index um 22 Punkte bzw. 8% überschritt, stieg im Oktober um 7·9% auf 322·1; die Steigerung des alten Index im gleichen Zeitraum betrug 7·0%. Der Index der privaten Gesellschaften erhöhte sich von September auf Oktober um 7·5% (von 335·5 auf 360·5) und lag um 11·9% über dem neuen Gesamtindex. Die Aktienkurse der verstaatlichten Betriebe stiegen um 12·1% (von 134·4 auf 150·7); ihr Abstand vom Gesamtindex beträgt gegenwärtig durchschnittlich 53·2%.

### Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 421—423

Der Index der Arbeiternettotariflöhne blieb bis Mitte Oktober unverändert auf 418·3 (April 1945 = 100). Die Arbeiternettoverdienste sind im August geringfügig (von 384·5 auf 386·9; August 1938 = 100) gestiegen, wobei einer Erhöhung der Arbeiterverdienste ein weiterer Rückgang der Verdienste der Arbeiterinnen gegenüberstand.

Die Preise standen in der Berichtsperiode weitgehend unter dem Einfluß einer spekulativen Verstärkung der wirksamen Nachfrage. Weniger in Erwartung von (im Zusammenhang mit einer Abwertung des Schillingkurses) etwa eintretenden Preissteigerungen, sondern hauptsächlich wegen der im Publikum weitverbreiteten irrtümlichen Gleich-

setzung von Abwertung und Geldabschöpfung kam es im September zu einer Vergrößerung der Geldumlaufgeschwindigkeit und zu Enthortungen, die den entsprechenden Preisaufrtrieb auslösten und ermöglichten. Auf der Angebotsseite hingegen machte sich nur vereinzelt eine Tendenz der Warenzurückhaltung bemerkbar. Mit Erfolg wurde auch versucht, bisher unverkäufliche Waren an den Mann zu bringen. Eine Warenzurückhaltung, wie sie in der Zeit vor der Währungsreform möglich war, ist heute aus finanziellen Gründen für die meisten Betriebe undurchführbar.

Aus dem gleichen Grunde können die aus der Auflösung von Geldhorten finanzierten Angstkäufe auf die Dauer nicht fortgesetzt werden, solange sich ein Teil des Publikums — insbesondere die Geschäftswelt — in richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge von der Währungspsychose nicht beeinflussen läßt. Tatsächlich verlangsamte sich die Kauf tendenz gegen Mitte Oktober bereits erheblich, und breite Teile des Preisniveaus haben sich — allerdings auf höherer Ebene — wieder stabilisiert.

Die geschilderte Aufwärtsbewegung vieler Preise, die außer auf psychologische zum Teil auch noch auf andere Gründe — z. B. auf die noch immer nicht abgeschlossene Neuadjustierung einzelner, infolge der Preiskontrolle lange Zeit zurückgebliebener Preise in Verbindung mit sekundären Auswirkungen des letzten Preis-Lohnabkommens, aber auch auf die Durchlöcherung noch bestehender Preiskontrollen, wie z. B. bei Fleisch — zurückzuführen ist, findet in den verschiedenen Indizes der Preisstatistik ihren Niederschlag. Insbesondere die reagiblen Preise haben teilweise (mit Ausnahme der „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise) scharf angezogen. Der Goldpreis im Wiener Dorotheum erhöhte sich von Mitte September bis Mitte Oktober um 35%<sup>1)</sup> und die „schwarzen“ Devisenkurse stiegen bis Ende September um 17%. Auch importierte oder aus importierten Rohstoffen hergestellte Genußmittel wurden teilweise teurer. Die Nahrungsmittelpreise auf dem Schwarzen Markt haben bisher nicht nennenswert reagiert; sie blieben größtenteils unverändert, und nur dadurch, daß es praktisch keine „schwarzen“ Preise für weißes Mehl und Weißbrot mehr gibt, sank der Index geringfügig um 5% (von 6·6 auf 6·3; März 1938 = 1). Der Abstand zwischen den offiziellen und „schwarzen“ Preisen der erfaßten

<sup>1)</sup> Der Gesamtindex der Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum stieg allerdings nur um 2%, da der erheblichen Erhöhung des Goldpreises eine Verbilligung der Briefmarken und — eigenartigerweise — der Pelze gegenüberstand.

Nahrungsmittel verminderte sich infolgedessen von 40% auf 30% (der offiziellen Preise).

Die weniger reagiblen Preise folgten den Erhöhungen auf den reagiblen Märkten nur zögernd. Immerhin wurde die günstige Atmosphäre vielfach ausgenutzt, um einige erhebliche Verteuerungen durchzusetzen. Die meisten von ihnen werden sich allerdings bei Beruhigung der Nachfrage als unhaltbar erweisen.

Die *Lebenshaltungskosten* (für eine 4köpfige Arbeiterfamilie in Wien, nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema) sind von Mitte September bis Mitte Oktober um 11% gestiegen (von 491,3 auf 496,9; April 1945 = 100), wobei insbesondere die auf die Erhöhung der Rohhaut- und Lederpreise zurückzuführende Verteuerung der Schuhe<sup>1)</sup> den Index hob. Außerdem stiegen die Preise für Eier, Kakao, für Obst (Äpfel) und für den Kinobesuch (Kulturgroschen). Gemüse (Spinat) wurde fühlbar und Marmelade geringfügig billiger.

Der *Abstand zwischen dem Index der Nettotariflöhne und dem Lebenshaltungskostenindex* nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema vergrößerte sich von 17,5 (September) auf 18,8% (Oktober).

### Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 424

Im Oktober wurde die *Bewirtschaftung von Nahrungsmitteln weiter gelockert*. Seit 3. Oktober brauchen in Gaststätten und Werksküchen keine Fleischmarken mehr abgegeben werden. Damit wird das Essen in Gasthäusern wieder völlig markenfrei verabreicht. Die dadurch zunächst eingetretene Verbilligung der bisher freien Fleischspeisen wird jedoch nur aufrechterhalten werden können, wenn die Gasthäuser Fleischzuteilungen aus dem Kontingent erhalten.

Mit Beginn der 59. Zuteilungsperiode (ab 10. Oktober 1949) wurde weiters die Rückverrechnung der Marken für Kochmehl und Weißgebäck aufgehoben. Damit wurden praktisch auch diese beiden Artikel aus der Bewirtschaftung herausgenommen, da die Bäcker und die Lebensmittelgeschäfte in der Regel von einer Entwertung der Abschnitte absehen. Schließlich wurde auch der aus kommerziellen Importen stammende Reis freigegeben. Weiterhin bewirtschaftet dagegen bleibt der Reis aus ERP-Lieferungen<sup>2)</sup>, der bedeutend billiger im Rahmen von Sonderaufrufen zugeteilt wird.

<sup>1)</sup> Die Preise der im Index enthaltenen Schuhe stiegen um 8 bis 18%; in dieser Erhöhung hat sich jedoch die Lederpreissteigerung noch nicht voll ausgewirkt, da teilweise noch Leder aus alten Beständen verarbeitet wurde.

Die zunächst nur für Niederösterreich verfügte Freigabe von 20% des inländischen Fleischanfalles wurde auch auf andere Bundesländer ausgedehnt. Das saisonbedingte größere Fleischangebot im Herbst, das durch diese Verfügung vermutlich noch forciert wurde, sowie die verstärkten Einfuhren aus Ungarn — diese wurden schon am 1. September zu 20% freigegeben<sup>3)</sup> — haben das Angebot an markenfreiem Fleisch seit August stark erhöht. Demzufolge sanken die freien Fleisch- und Wurstpreise in wenigen Wochen bis 15%. Dadurch hat sich vor allem bei den besseren Fleisch- und Wurstsorten die Spanne zwischen offiziellen und freien Preisen weiter vermindert.

### Fleisch- und Wurstpreise in Wien<sup>1)</sup>

Art	mit Marken <sup>2)</sup>	ohne Marken	
		26. IX. bis 2. X. 1949	10. X. bis 16. X. 1949
Verbraucherpreise in S je kg			
Rindfleisch, Vord. m. Knoch.	8	18—25	18—24
Rindfleisch, Vord. o. Knoch.	10	24—27	23—26
Rindfleisch, Hint. m. Knoch.	12	20—28	20—26
Rindfleisch, Hint. o. Knoch.	15	24—30	24—30
Bratenfleisch . . . . .	17,40	24—32	23—30
Schweinefleisch . . . . .	13—29	26—30	24—30
Kalbfleisch . . . . .	6—25	22—40	22—36
Knackwurst, Extrawurst . . . . .	13	20—28	18—26
Feine Extrawurst . . . . .	17	31—36	30—36
Leberkäs . . . . .	15	23—30	21—28
Tiroler . . . . .	20	28—36	28—35
Frankfurter . . . . .	20	26—34	25—33
Preßwurst . . . . .	10	15—18	14—18

<sup>1)</sup> Nach den Marktamttausweisen der Stadt Wien. — <sup>2)</sup> Nur Fleisch erster Qualität.

Es bestand die Absicht, das Fleisch schon in Kürze ganz freizugeben. Um eventuelle Störungen in der Versorgung Wiens zu vermeiden, dachte man daran, vor der endgültigen Aufhebung der Fleischbewirtschaftung einen Vorrat von 3.000 t<sup>4)</sup> Fleisch aus Importen anzulegen. Da diese Menge bisher nicht aufgebracht werden konnte, stellte man die endgültige Freigabe von Fleisch vorläufig zurück.

Im September wurden aus dem Südosten (Ungarn und Rumänien) größere Mengen Lebendvieh

<sup>2)</sup> 1 kg freier Reis kostet derzeit S 6,20 bis 7,90, ERP-Reis dagegen nur S 4,80.

<sup>3)</sup> Siehe Nr. 9 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXII. Jahrgang, September 1949, S. 354.

<sup>4)</sup> Damit könnte bei dem derzeitigen rationierten Verbrauch der Bedarf von 6 bis 7 Wochen gedeckt werden. Bei einem friedensmäßigen Verbrauch, der etwa dreimal so hoch war, könnte mit dieser Menge nur der Bedarf von etwa 2 Wochen befriedigt werden.

sind größere Beträge für industrielle Rohstoffe und Investitionen frei geworden.

Die erhebliche Kürzung der direkten Hilfe (von 217 Mill. Dollar auf 174,1 Mill. Dollar) ging ausschließlich auf Kosten der Nahrungsmiteleinfuhren. (Die Zuweisungen für Ernährung aus der direkten Hilfe verminderte sich von 123 Mill. Dollar auf 75,3 Mill. Dollar.) Aber auch die Erhöhung der Ziehungsrechte (von 66,6 Mill. Dollar auf 85,8 Mill. Dollar) soll nicht der Ernährung zugute kommen. (Im Rahmen der Drawing-rights waren im Vorjahre 2,5 Mill. Dollar für Nahrungsmittel vorgesehen, für dieses Jahr wurden 3 Mill. Dollar zugewiesen.) Für Brotgetreideimporte sind im Rahmen der direkten Hilfe daher nur 49,5 Mill. Dollar (ursprünglich 56,1 Mill. Dollar), für Fette und Öle 22,4 Mill. Dollar (ursprünglich 39 Mill. Dollar), für Zucker 3,4 Mill. Dollar (ursprünglich 5 Mill. Dollar) vorgesehen. Der für Fleischeinfuhren vorgesehene Betrag von 1,2 Mill. Dollar soll ganz ausfallen. Da diese Kürzungen vermutlich größtenteils durch die Preisensenkungen auf den internationalen Lebensmittelmärkten ausgeglichen werden dürften, kann angenommen werden, daß die im letzten Monatsbericht geschätzte Versorgungslage bei den einzelnen Nahrungsmitteln — ohne erhebliche zusätzliche kommerzielle Einfuhren — doch annähernd erreicht werden wird.

### Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 424

Dank dem trockenen Herbstwetter und dem verstärkten Einsatz von Traktoren konnten der Herbstanbau und die Ernte der Hackfrüchte größtenteils rechtzeitig durchgeführt werden. Für das Ankeimen der Saaten wären allerdings mehr Niederschläge günstiger gewesen<sup>1)</sup>.

Obwohl in den letzten Jahren infolge günstiger Witterung die Arbeitstage meist voll ausgenützt werden konnten, macht sich der *Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften* immer stärker fühlbar. Während im Jahre 1937 in der Landwirtschaft zur Erntezeit (Juli—August) 310.000 (krankenversicherte) Arbeitnehmer beschäftigt waren, verringerte sich diese Zahl in den Jahren 1946 bis 1949 auf 291.500, 286.500, 264.400 und 251.000. Angesichts dieser Entwicklung kommt dem verstärkten Einsatz von Maschinen und der gleichmäßigeren Verteilung der Arbeit über das ganze Jahr größte Bedeutung zu. Diese Maßnahmen drängen sich vor

<sup>1)</sup> Große Gebiete im östlichen Teil Österreichs hatten im September und Oktober weniger als 40% der normalen Niederschläge.

allen bei den größeren, überwiegend auf Fremdarbeiter angewiesenen Betrieben auf. Die Umstellungen der Produktion wirken aber teilweise nicht nur auf die Ernährungswirtschaft, sondern — wie im Falle der Zuckerrüben — auch auf die Gesamtwirtschaft zurück.

Die Ernte der *Zuckerrüben* zieht sich bei den landwirtschaftlichen Großbetrieben mangels Saisonarbeiter oft bis zum Eintritt der Frostperiode hin. Dadurch kann der Boden, zum Nachteile seines Nährstoffhaushaltes und Gefüges, vor Eintritt des Winters oft nicht mehr bearbeitet werden. Während es gelang, die Getreideernte weitgehend zu mechanisieren und unter günstigen Verhältnissen sogar Schnitt und Drusch zu koppeln (Mährescher), wurde bisher noch kein technisches Verfahren entwickelt, das die menschliche Arbeitskraft in der Rübenernte bei gleichzeitig schonender Gewinnung des wertvollen Rübenschlattes weitgehend ersetzen könnte. Die Folge ist, daß der Rübenaubau bei den größeren landwirtschaftlichen Betrieben immer mehr zurückgeht. Dadurch verringert sich aber die Intensität der Nutzung des Ackerlandes und die Produktion von Marktfrüchten, zumal da auf Kosten der letzteren mehr Klee (als Ersatz für das ausfallende Rübenschlatt) angebaut werden muß<sup>2)</sup>.

Der einseitige Anbau von Getreide und ein stärkerer Verzicht auf Futtergewinnung und Viehhaltung wäre — im Gegensatz zu überseeischen Produktionsgebieten — in den west- und mitteleuropäischen Ackerbaugebieten heute nicht mehr möglich. Die dichte Besiedlung macht eine intensive Nutzung des Bodens notwendig. Dabei sind befriedigende Erträge nur bei einem mehr oder weniger regelmäßigen Wechsel von Blatt- und Halmpflanzen und bei Zufuhr von organischem Dünger zu erzielen; der europäische Landwirt hat daher bei der Organisierung der Ackerwirtschaft unter anderem auch auf eine möglichst optimale Futter- und Düngemittelbilanz zu achten.

Bis zum 25. September 1949 wurden aus der neuen Ernte sicher weit über 100.000 t Brotgetreide verkauft, obwohl die statistisch erfaßte *Ablieferung* nur 97.440 t (gegen 70.980 t im Vorjahre) betrug. Davon entfielen 45.739 t (30.280 t) auf Weizen und 51.701 t (40.700 t) auf Roggen. Der Anteil des Weizens an der gesamten Ablieferung war im Vorjahr 43 %, heuer 47 %. Die stärkere Ablieferung gegenüber dem Vorjahre (um 26.460 t bzw. 37 %) resultierte aus höheren Leistungen der Bundesländer Niederösterreich (+28.722 t), Burgenland (+938 t) und Wien (+515 t), während die übrigen Länder um 3.715 t weniger lieferten.

Aus dem Vergleich obiger Leistungsziffern können — allerdings — keine Schlüsse auf den Ablieferungswillen oder auf die Ernteergebnisse in den einzelnen Gebieten gezogen werden, da die Bewirtschaft-

<sup>2)</sup> Die Zuckerrübe liefert neben dem Zucker noch so viel Futter — in Eiweiß und Stärkewert gerechnet — wie eine gleich große Fläche Klee. Sie gibt von allen landwirtschaftlichen Kulturpflanzen die höchsten Nährstoffträge.

sind größere Beträge für industrielle Rohstoffe und Investitionen frei geworden:

Die erhebliche Kürzung der direkten Hilfe (von 217 Mill. Dollar auf 174,1 Mill. Dollar) ging ausschließlich auf Kosten der Nahrungsmiteleinfuhren. (Die Zuweisungen für Ernährung aus der direkten Hilfe verminderte sich von 123 Mill. Dollar auf 75,3 Mill. Dollar.) Aber auch die Erhöhung der Ziehungsrechte (von 66,6 Mill. Dollar auf 85,8 Mill. Dollar) soll nicht der Ernährung zugute kommen. (Im Rahmen der Drawing-rights waren im Vorjahre 2,5 Mill. Dollar für Nahrungsmittel vorgesehen, für dieses Jahr wurden 3 Mill. Dollar zugewiesen.) Für Brotgetreideimporte sind im Rahmen der direkten Hilfe daher nur 49,5 Mill. Dollar (ursprünglich 56,1 Mill. Dollar), für Fette und Öle 22,4 Mill. Dollar (ursprünglich 39 Mill. Dollar), für Zucker 3,4 Mill. Dollar (ursprünglich 5 Mill. Dollar) vorgesehen. Der für Fleischeinfuhren vorgesehene Betrag von 1,2 Mill. Dollar soll ganz ausfallen. Da diese Kürzungen vermutlich größtenteils durch die Preissenkungen auf den internationalen Lebensmittelmärkten ausgeglichen werden dürften, kann angenommen werden, daß die im letzten Monatsbericht geschätzte Versorgungslage bei den einzelnen Nahrungsmitteln — ohne erhebliche zusätzliche kommerzielle Einfuhren — doch annähernd erreicht werden wird.

### Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 424

Dank dem trockenen Herbstwetter und dem verstärkten Einsatz von Traktoren konnten der Herbstanbau und die Ernte der Hackfrüchte großteils rechtzeitig durchgeführt werden. Für das Ankeimen der Saaten wären allerdings mehr Niederschläge günstiger gewesen<sup>1)</sup>.

Obwohl in den letzten Jahren infolge günstiger Witterung die Arbeitstage meist voll ausgenützt werden konnten, macht sich der *Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften* immer stärker fühlbar. Während im Jahre 1937 in der Landwirtschaft zur Erntezeit (Juli—August) 310.000 (krankenversicherte) Arbeitnehmer beschäftigt waren, verringerte sich diese Zahl in den Jahren 1946 bis 1949 auf 291.500, 286.500, 264.400 und 251.000. Angesichts dieser Entwicklung kommt dem verstärkten Einsatz von Maschinen und der gleichmäßigeren Verteilung der Arbeit über das ganze Jahr größte Bedeutung zu. Diese Maßnahmen drängen sich vor

allem bei den größeren, überwiegend auf Fremdarbeiter angewiesenen Betrieben auf. Die Umstellungen der Produktion wirken aber teilweise nicht nur auf die Ernährungswirtschaft, sondern — wie im Falle der Zuckerrüben — auch auf die Gesamtwirtschaft zurück.

Die Ernte der *Zuckerrüben* zieht sich bei den landwirtschaftlichen Großbetrieben mangels Saisonarbeiter oft bis zum Eintritt der Frostperiode hin. Dadurch kann der Boden, zum Nachteile seines Nährstoffhaushaltes und Gefüges, vor Eintritt des Winters oft nicht mehr bearbeitet werden. Während es gelang, die Getreideernte weitgehend zu mechanisieren und unter günstigen Verhältnissen sogar Schnitt und Drusch zu koppeln (Mähdrescher), wurde bisher noch kein technisches Verfahren entwickelt, das die menschliche Arbeitskraft in der Rübenernte bei gleichzeitig schonender Gewinnung des wertvollen Rübenschnittes weitgehend ersetzen könnte. Die Folge ist, daß der Rübenaufbau bei den größeren landwirtschaftlichen Betrieben immer mehr zurückgeht. Dadurch verringert sich aber die Intensität der Nutzung des Ackerlandes und die Produktion von Marktfrüchten, zumal da auf Kosten der letzteren mehr Klee (als Ersatz für das ausfallende Rübenschnitt) angebaut werden muß<sup>2)</sup>.

Der einseitige Anbau von Getreide und ein stärkerer Verzicht auf Futtergewinnung und Viehhaltung wäre — im Gegensatz zu überseeischen Produktionsgebieten — in den west- und mitteleuropäischen Ackerbaugebieten heute nicht mehr möglich. Die dichte Besiedlung macht eine intensive Nutzung des Bodens notwendig. Dabei sind befriedigende Erträge nur bei einem mehr oder weniger regelmäßigen Wechsel von Blatt- und Halmpflanzen und bei Zufuhr von organischem Dünger zu erzielen; der europäische Landwirt hat daher bei der Organisierung der Ackerwirtschaft unter anderem auch auf eine möglichst optimale Futter- und Düngemittelbilanz zu achten.

Bis zum 25. September 1949 wurden aus der neuen Ernte sicher weit über 100.000 t Brotgetreide verkauft, obwohl die statistisch erfaßte *Ablieferung* nur 97.440 t (gegen 70.980 t im Vorjahre) betrug. Davon entfielen 45.739 t (30.280 t) auf Weizen und 51.701 t (40.700 t) auf Roggen. Der Anteil des Weizens an der gesamten Ablieferung war im Vorjahr 43 %, heuer 47 %. Die stärkere Ablieferung gegenüber dem Vorjahre (um 26.460 t bzw. 37 %) resultierte aus höheren Leistungen der Bundesländer Niederösterreich (+28.722 t), Burgenland (+938 t) und Wien (+515 t), während die übrigen Länder um 3.715 t weniger lieferten.

Aus dem Vergleich obiger Leistungsziffern können allerdings keine Schlüsse auf den Ablieferungswillen oder auf die Ernteergebnisse in den einzelnen Gebieten gezogen werden, da die Bewirtschaftung

<sup>2)</sup> Die Zuckerrübe liefert neben dem Zucker noch so viel Futter — in Eiweiß und Stärkewert gerechnet — wie eine gleich große Fläche Klee. Sie gibt von allen landwirtschaftlichen Kulturpflanzen die höchsten Nährstoffträge.

<sup>1)</sup> Große Gebiete im östlichen Teil Österreichs hatten im September und Oktober weniger als 40 % der normalen Niederschläge.

Die Ablieferung von Brotgetreide vom 1. Juli bis  
25. September 1949 nach Bundesländern<sup>1)</sup>

Bundesland	Wei- zen	Rog- gen	Brot- ge- treide insges.	± in % gegen 1948 <sup>2)</sup>		
				1000 Tonnen	Weizen	Roggen
Wien . . . . .	1'0	0'9	1'9	+46'0	+27'9	+36'7
Niederösterreich	34'8	41'8	76'6	+63'9	+56'8	+60'0
Burgenland . . . .	4'2	4'5	8'7	+59'7	-12'2	+12'1
Oberösterreich . .	4'8	3'4	8'2	-0'7	-37'0	-19'9
Salzburg . . . . .	0'0	0'1	0'1	.	-58'4	-57'7
Steiermark . . . .	0'4	0'6	1'0	-22'5	-68'6	-58'6
Kärnten . . . . .	0'5	0'4	0'9	+44'8	-39'5	-10'5
Tirol . . . . .	—	—	—	—	—	—
Vorarlberg . . . .	—	—	—	—	—	—
Insgesamt . . . . .	45'7	51'7	97'4	+51'1	+27'0	+37'3

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Getreidewirtschaftsverbandes. — <sup>2)</sup> 1. Juli bis 26. September 1948.

tung und die Erfassung des Brotgetreides im ganzen nur noch mangelhaft und regional sehr unterschiedlich funktioniert. Jedenfalls war das Angebot im September geringer als in den Vormonaten, teils infolge der drängenden Anbau- und Erntearbeiten, teils infolge der Gerüchte über eine bevorstehende Abwertung des Schillings. In den Frühdruschgebieten wurden im Juli und im August auch erhebliche Mengen von Brotgetreide als „Überkontingente“ zu den damals noch höheren Marktpreisen verkauft, obwohl die Kontingente offensichtlich noch nicht erfüllt waren. Die Größe dieser nicht erfassbaren Geschäftsumsätze ist schwer abzuschätzen. Die tatsächliche Marktleistung der Landwirtschaft ist daher auch heuer — nach der Liquidierung des Schwarzen Marktes für Brotgetreide — statistisch nicht nachweisbar.

Durch die Freigabe der aus dem Brotgetreide hergestellten Konsumwaren verliert auch die *Be-wirtschaftung* des Rohproduktes immer mehr ihren Sinn<sup>1)</sup>. Vielfach hält man sich auch nicht mehr an die Vorschriften. So werden bessere Mehltypen hergestellt, als eigentlich erlaubt wäre. Die Lieferungen aus den Hauptproduktionsgebieten in andere Bundesländer, vor allem nach Wien, entziehen sich zum Teil jeder Kontrolle.

Die *Witterungsschäden* waren zur Zeit der Ernte in einigen Gebieten bedeutend. Bisher wurden rund 10.000 t Brotgetreide (10% der offiziellen Marktleistung) angedient, die größtenteils über 10% ausgewachsene Körner enthielten. Die tatsächlichen Auswuchsschäden sind jedoch erheblich höher, da größere Mengen Getreide ohne Kenntnis staatlicher Stellen in den landwirtschaftlichen Betrieben unmit-

<sup>1)</sup> Teilweise trug man diesem Umstande durch die Aufhebung des Mahlscheinzwanges für das Selbstversorger-Brotgetreide bereits Rechnung.

telbar verwertet werden. Unter Berücksichtigung dieser Ertragsminderung schätzt das Österreichische Statistische Zentralamt die *Ernte 1949*<sup>2)</sup> an Weizen auf 345.600 t, an Roggen auf 364.540 t und an Menggetreide auf 9.549 t, zusammen an Brotgetreide auf 719.689 t. Obgleich dieser Ertrag um rund 29% höher ist als im Vorjahr (558.200 t, laut Schätzung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft), bleibt er gegenüber dem Durchschnitt 1926/35 (893.800 t) noch immer um rund 175.000 t oder 20% zurück.

Gesamterträge an Brotgetreide in den Jahren 1948 und 1949 im Vergleich zur Vorkriegszeit<sup>1)</sup>

Art	Ø 1926/35 in 1000 Tonnen	1948	1949	± in % gegen	
				Ø 1926/35	1948
Weizen . . . . .	338'9	261'0	345'6	+ 2'0	+32'4
Roggen . . . . .	550'5	289'3	364'5	- 33'8	+26'0
Wintermeng- getreide . . . . .	4'4	7'9	9'6	+118'2	+21'5
Brotgetreide insgesamt	893'8	558'2	719'7	- 19'5	+28'9

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes; 1949 vorläufige Ergebnisse.

Dieser Minderertrag ist ausschließlich eine Folge des Rückganges der Anbauflächen. Nach der amtlichen Statistik war die Anbaufläche für Brotgetreide im Jahre 1949 noch immer um 146.386 ha oder um 24% kleiner als im langjährigen Durchschnitt vor dem Kriege<sup>3)</sup>. Dagegen lagen die *Hektarerträge* um 7% über dem Durchschnitt 1926/35.

Hektarerträge an Brotgetreide in den Jahren 1948 und 1949 im Vergleich zur Vorkriegszeit<sup>1)</sup>

Art	Ø 1926/35 je ha in q	1948	1949	± in % gegen	
				Ø 1926/35	1948
Weizen . . . . .	15'8	12'8	16'7	+ 5'7	+30'5
Roggen . . . . .	14'4	12'1	15'2	+ 5'6	+25'6
Wintermeng- getreide . . . . .	14'0	13'0	16'1	+15'0	+23'8
Brotgetreide insg.	14'9	12'5	15'9	+ 6'7	+27'2

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes 1949 vorläufige Ergebnisse.

In den Jahren 1947 und 1948 waren die statistischen Angaben der Landwirte und Ernteschätzer so niedrig gehalten, daß die amtlichen Stellen gezwungen waren, diese Ziffern auf Grund der Marktleistung und der Verbrauchsquote der Landwirtschaft zu korrigieren. Offensichtlich sind jedoch auch die „revidierten“ Ernteergebnisse zu niedrig bemessen, da man bei den Schätzungen weder die Schwarzmarktumsätze noch den vollen Eigenver-

<sup>2)</sup> Vorläufiges Ergebnis.

<sup>3)</sup> Siehe auch Nr. 9 der Monatsberichte, XXII. Jg. September 1949, S. 357 f.



brauch der Selbstversorger berücksichtigte<sup>1)</sup>. Da mit der bevorstehenden Aufhebung des Ablieferungszwanges auch die statistische Erfassung der Marktlieferung wegfallen dürfte, erschiene es zweckmäßig, die mit vielen Fehlerquellen behafteten umfassenden Einzelerhebungen über die Kulturarten und Anbauflächen wieder durch die in der Vorkriegszeit bewährte Methode gebietsweiser Schätzungen zu ersetzen. Damit würde nicht nur die Agrarstatistik wieder wirklichkeitsnäher, sondern auch die Verwaltungsarbeit bedeutend vereinfacht. Außerdem stünden die Erhebungsergebnisse wieder rechtzeitig zur Verfügung, während diese in den vergangenen Jahren — wenn überhaupt — jeweils erst im nächsten Erntejahr publiziert wurden<sup>2)</sup>. Die Statistik konnte daher ihre wichtigste Aufgabe — Orientierungsbehelf für die Wirtschaftspolitik zu sein — nur unzureichend erfüllen.

Die Weinernte dürfte nach letzten Schätzungen geringer sein als im Vorjahre (1,016.072 hl) und nur knapp den langjährigen Vorkriegsdurchschnitt (891.788 hl) erreichen. Der Zuckergehalt der Weintrauben war dank dem sonnigen Wetter im Monat Oktober vor allem in begünstigten Lagen und bei frühreifenden Sorten zufriedenstellend und erreichte — wie vergleichende Messungen über den Stand der Traubenreife zeigten — manchmal sogar die ausnehmend hohen Werte der letzten Jahre.

Der Abgabepreis für importierten *ERP-Futtermais* wurde kürzlich von rund 89 S auf 72 S je 100 kg herabgesetzt. Dadurch wurde die bisher bestehende Preisdisparität zwischen Brot- und Futtergetreide, die zweifellos das Angebot an Brotgetreide geschmälert hatte, weitgehend beseitigt. Die Verbilligung des Futtermais verbesserte den Ertragsindex der Schweinewirtschaft (Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Futtermais) von bisher 15,0 auf 19,0. Vergleichsweise betrug der Ertragsindex in der Konjunkturperiode 1930/33 im Durchschnitt 16,5. Für die Ausdehnung der Schweinehaltung besteht gegenwärtig also ein starker Preisanreiz.

<sup>1)</sup> Bekanntlich ist der Verbrauch an Brotgetreide zur Ernährung der landwirtschaftlichen Bevölkerung weitgehend konstant; er dürfte annähernd 200 kg je Verbraucher und Jahr betragen, d. s. je Versorgungsperiode rund 15 kg. Demgegenüber betragen die auf Mahlkarten zugeteilten Quoten bis zum Jahre 1947 13 kg, nachher 11 kg und im Jahre 1949 18 kg.

<sup>2)</sup> Auch die monatlichen Berichte über den Wachstumsstand der Feldfrüchte und des Grünlandes in den einzelnen Bundesländern — die schon frühzeitig Schätzungen über die Ernte- und Ertragsaussichten ermöglichten — werden seit Ende 1947 nicht mehr veröffentlicht.

Für die im Jahre 1949 im Rahmen des Long-Term-Programmes geplanten *Investitionen* der Landwirtschaft im Gesamtbetrage von rund 250 Mill. S werden 137 Mill. S aus dem ERP-Sonderkonto bereitgestellt<sup>3)</sup>. Ein verhältnismäßig hohes Gewicht wird dabei jenen Investitionen zuerkannt, die nur mit relativ hohen öffentlichen Beitragsleistungen durchgeführt werden können, wie z. B., dem Lehr-, Versuchs- und Beratungsdienst sowie den Meliorationen, Kommassierungen, Kultivierungen und Elektrifizierungen. Daneben werden u. a. noch Investitionen mit relativ höheren Eigenleistungen, wie Verbesserungen in der Düngewirtschaft und Futtermittelkonservierung sowie der Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen subventioniert. (Für weitere Investitionen sind außerdem noch 72 Mill. S im außerordentlichen Aufwand des Bundesvoranschlages 1949 vorgesehen, die ebenfalls aus ERP-Mitteln gedeckt werden sollen.) Insgesamt wurden für die im Long-Term-Programm vorgesehenen Investitionen bisher 112 Mill. S (davon 69 Mill. S im Oktober) aus dem ERP-Sonderfonds freigegeben.

### Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 425—426

Infolge rückgängiger Wasserführung der Flüsse mußten im September die Dampfkraftwerke bereits in stärkerem Umfang zur Deckung des Strombedarfes eingesetzt werden. Im Oktober wurden — ähnlich wie im Vorjahr — auch für die Haushalte Einschränkungen des Stromverbrauches angeordnet. Da die Haushalte (einschließlich sonstige Kleinverbraucher) mit rund 20 bis 25 % am Gesamtverbrauch beteiligt und nach der Industrie (mit einem Anteil von rund 50 %) die zweitgrößte Abnehmergruppe sind, fällt diese Maßnahme wohl ins Gewicht. Aber wichtiger noch als die absolute Begrenzung der Höchstverbrauchsmengen wäre eine Verlagerung des Strombezuges in die weniger beanspruchten Tageszeiten. Damit könnten ohne mengenmäßige Beeinträchtigung des Stromverbrauches übermäßige Spitzenbelastungen zu bestimmten Tagesstunden vermieden und damit die Gefahr eines Zusammenbruches des Verbundnetzes vermindert werden.

Der im letzten Monatsbericht bereits besprochene *Schaltplan* für die Stromversorgung der Industrie wurde inzwischen etwas geändert, da rund 200 Strom-

<sup>3)</sup> Das ursprüngliche Investitionsprogramm der Landwirtschaft für 1949 mußte stark gekürzt werden. Es sah einen Gesamtaufwand von rund 830 Mill. S vor; davon sollten 481 Mill. S aus eigenen liquiden Reserven, 77,65 Mill. S aus Krediten und 271,16 Mill. S aus Zuschüssen (ERP-Mittel) aufgebracht werden.

bezugsgenehmigungen (etwa 10% aller Berechtigungen) über Antrag der Firmen korrigiert wurden. Wesentliche Änderungen sind dadurch nicht eingetreten.

Die Dampfkraftwerke konnten im August und September, dank relativ reichlicher Belieferung mit Kohle, ihre Vorräte für den Winter vergrößern. Ende September lagerten bei den Dampfkraftwerken insgesamt 203.000 t Kohle. Das entspricht ungefähr der Planmenge (200.000 t). Diese Vorräte würden bei vollem Betrieb ungefähr 6 bis 8 Wochen reichen. Diese Menge ist für einen störungsfreien Ablauf der Wirtschaft während der Wintermonate kaum ausreichend, da die Kohleneinfuhren in den nächsten Monaten voraussichtlich gedrosselt werden und nur geringe Möglichkeiten bestehen, Kohle von anderen Verbrauchergruppen zugunsten der Stromerzeugung abzuzweigen. (Die Industrie z. B. besitzt im Gegensatz zum Vorjahre nur relativ geringe Kohlenreserven.)

Der neue Plan für die Belieferung der Industrie mit festen Brennstoffen sieht gegenüber dem Vorjahre in Stufe III/IV eine Erhöhung um rund 20%, in Stufe II um 15% und in Stufe I um 10% vor.

Schaltstufe	Blieferung in 1000 t <sup>1)</sup> (Steinkohlenbasis)	
	1949/50	1948/49
IV/III . . . . .	217·8	179·7
II . . . . .	183·1	161·7
I . . . . .	138·3	126·9

<sup>1)</sup> Ohne Koks für die Hochofenwerke.

Bei Schaltstufe II erhält die Industrie insgesamt nur rund 84% und bei Schaltstufe I nur rund 63% ihres vollen Bedarfes an Kohle gedeckt. Der Grad der Versorgung ist in den einzelnen Industriezweigen allerdings sehr verschieden und variiert nach der zuerkannten Dringlichkeit. Während einzelne Zweige, wie der Bergbau, die Lebensmittel- und Glasindustrie, keine oder nur geringfügige Einschränkungen zu gewärtigen haben, erhalten z. B. die Industrie der Steine und Erden, die Zement- und Holzindustrie bei Stufe I nur 30 bis 40% ihres normalen Bedarfes.

Der inländische Kohlenbergbau suchte in den vergangenen Monaten die durch die Einschränkung der Kohleneinfuhren gebotene Chance nach Kräften auszunutzen. Die noch im Frühsommer drückend empfundenen Absatzschwierigkeiten der inländischen Gruben bestehen, wenn man von einigen kleineren Bergbauen absieht, praktisch nicht mehr. Dementsprechend nahm auch die Förderung zu und erreichte im September fast wieder den bisherigen Höchststand.

In Wien wird der Beimischungszwang von Inlandskohle für den Hausbrand gegenwärtig zwar zu-

### Kohlenförderung im Inland (in 1.000 t)

Zeit	Steinkohle	Braunkohle	Insges. <sup>1)</sup>
1937 Ø . . . . .	19·2	270·1	154·3
1948 Ø . . . . .	14·8	278·2	153·9
1949 I . . . . .	16·0	303·8	167·9
III . . . . .	16·0	339·2	185·6
VI . . . . .	15·1	285·3	157·7
IX . . . . .	14·6	328·0	178·6

<sup>1)</sup> Auf Steinkohlenbasis gerechnet.

meist noch umgangen. Infolge Beschränkung der Steinkohlenimporte werden die Verbraucher früher oder später aber doch auf inländische Braunkohle zurückgreifen müssen.

Die Kohleneinfuhren, die im August mit 436.000 t (154% von 1937) gegen Juli (378.000 t oder 137% von 1937) stark zugenommen hatten, sind im September weiter gestiegen (auf 477.000 t oder 174% von 1937).

Die Stromerzeugung in den Wasserkraftwerken war im September um rund 8% (28 Mill. kWh) niedriger als im August. Dementsprechend mußten die Dampfkraftwerke ihre Erzeugung bereits beträchtlich steigern (von 30 Mill. kWh im August auf 54 Mill. kWh im September). Im Durchschnitt September stieg damit der Anteil des kalorischen Stromes an der Gesamterzeugung von 8% auf 14%. In der ersten Hälfte Oktober nahm der Anteil des kalorischen Stromes an der gesamten Stromerzeugung weiter zu und erreichte zur Monatsmitte bereits 40 bis 50%.

Der Stromverbrauch war im September mit 315 Mill. kWh etwas kleiner als im August, aber bedeutend größer als im September 1948 (287 Mill. kWh).

### Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 427—432

Die gewerbliche Produktion entwickelt sich in diesem Jahre in einem ähnlichen Rhythmus wie in den beiden vorangegangenen Jahren. Sie steigt nach Überwindung des saisonbedingten Rückschlages in den Wintermonaten rasch an, erreicht gegen Jahresmitte einen Kulminationspunkt und flacht in den folgenden Monaten wieder langsam ab. Der wesentliche Unterschied zwischen den einzelnen Jahren liegt darin, daß sowohl der Start als auch der Höhepunkt der Produktionskurve von Jahr zu Jahr bedeutend höher liegt.

Der Gesamtindex der industriellen Produktion<sup>1)</sup> lag im August mit 125·9 (1937 = 100) fast

<sup>1)</sup> Das Institut wird in Kürze einen erweiterten und methodisch verbesserten Index der industriellen Produktion veröffentlichen. Der neue Index umfaßt nicht nur

auf gleicher Höhe wie in den Monaten Mai bis Juli (126,4, 127,9, 126,7).

Während die Schwerindustrie und die Magnesitindustrie im August ihre Produktion gegenüber Juli weiter steigern konnten, erlitten Textil- und Schuhindustrie — vor allem, weil die Belegschaften vieler Betriebe geschlossen auf Urlaub weilten — einen fühlbaren Rückschlag.

Ausgezeichnete Produktionsleistungen werden von den *Steyr-Werken* gemeldet. Das Produktionsprogramm umfaßt u. a. 3½ t Diesel-Lastwagen, 26 PS Diesel-Schlepper, Diesel-Autobusse und Fiat-Personenwagen im Assembling-Verfahren. Besonders der Diesel-Schlepper soll sich ausgezeichnet bewährt und auch als exportfähig erwiesen haben. Bisher wurden von dieser Type über 6.000 Stück erzeugt. Gegenwärtig wird ein Einzylinder-Traktor erprobt, der vor allem in den Alpengebieten Österreichs Verwendung finden, aber auch exportiert werden soll. Mit seiner Serienfertigung ist in Kürze zu rechnen. Die Kugellagererzeugung leistet bereits viermal mehr als vor dem Kriege und zählt gegenwärtig zu den wichtigsten österreichischen Exportzweigen; rund 50% der laufenden Erzeugung gehen ins Ausland.

Nach zweijähriger Bauzeit haben kürzlich die *Röhren- und Metallwerke in Hall (Tirol)* ihre Produktion aufgenommen. Das mit modernsten Maschinen ausgerüstete Werk erzeugt Druckrohre für Gas- und Wasserleitungen, die bisher ausschließlich importiert werden mußten. Die für 1950 vorgesehene Erzeugung von 12.000 t dürfte annähernd den Inlandsbedarf decken.

Die *Semperit-Werke*, die durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen nahezu alle Maschinen, Vorräte und Einrichtungen verloren hatten, konnten in den letzten Jahren ihre Betriebe fast völlig wieder aufbauen und ihre ehemals führende Stellung in der mitteleuropäischen Gummiindustrie wiedergewinnen. Das Unternehmen hat eine marktbeherrschende Stellung, da der einzige außerdem noch bestehende Konkurrent einen nur unbedeutenden Anteil an der Fahrradreifenerzeugung hat. Dazu kommt, daß alle Erzeugnisse von Semperit Markenartikel sind. Die wenigen verbliebenen Maschinen wurden in eigenen Werkstätten repariert, der größte Teil mußte je-

bedeutend mehr Produktionsreihen als der bisherige Produktionsindex (114 Einzelreihen gegen nur 47 im alten Index), sondern ist auch methodisch befriedigender aufgebaut (die einzelnen Produktionsreihen wurden mit Netto-produktionswerten gewogen). Der neue Produktionsindex wird daher für die Entwicklung der gesamten industriellen Produktion in höherem Maße als der bisherige Index repräsentativ sein.

doch aus dem Auslande beschafft werden. Für die Arrondierung des Maschinenparks fehlen noch einige wertvolle Spezialmaschinen aus den USA; diese stehen jedoch bereits zur Verschiffung bereit.

Die laufende Produktion der Semperit-Werke ist schon höher als vor dem Kriege. Das Werk in Wimpassing erzeugt hauptsächlich Gummiwaren (Wärmeflaschen, Spielwaren, Schläuche, Badeartikel usw.) und Gummischuhe, die Anlage in Traiskirchen stellt Auto-, Motorrad- und Fahrradreifen, Keilriemen, Transportbänder und Gummisohlen her und in Stadlau werden Asbest-Gummiwaren, Kupplungs- und Bremsbeläge produziert.

Der Beschäftigtenstand ist von 1945 bis heute von 1.600 auf rund 6.000 Arbeiter und Angestellte gestiegen.

Produktion der Semperit-Werke

	1945	1946	1947 Tonnen	1948	1949
Wimpassing . . .	30	802	1.878	3.350	5.470
Traiskirchen . . .	60	1.096	2.482	4.690	7.510
Stadlau . . . . .	20	202	240	260	420
Insgesamt	110	2.100	4.600	8.300	13.400

Der Index der *Bergbauproduktion* ist im August und September infolge höherer Förderleistungen im Kohlenbergbau gestiegen.

Die *Magnesitindustrie* hat im September — trotz den internationalen Währungsabwertungen — ihre Erzeugung weiter gesteigert und einen neuen Produktionshöchststand erreicht.

In der *Schwerindustrie* war im September die Stahlproduktion um 13% und die Walzwarenerzeugung um 14% höher als im August. Dagegen fiel die Roheisenerzeugung um rund 6%; sie erreichte damit den niedrigsten Stand seit April d. J., beträgt aber noch immer 219% von 1937. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß die Sonderkonjunktur für Roheisen auf den Weltmärkten zu Ende geht. Die sich daraus für die österreichischen Roheisenexporte (der VOEST) ergebenden Schwierigkeiten sind durch die jüngsten Währungsabwertungen noch verschärft worden.

Die Leistungen der *Papierindustrie* sind im August — mit Ausnahme der Pappenerzeugung — etwas zurückgegangen.

In der *Lederindustrie* ist die Erzeugung im August bedeutend gestiegen. Dagegen wurden in der *Schuhindustrie* infolge ausgedehnter Urlaube nur rund 240.000 Paar Lederschuhe hergestellt. Im September soll die Erzeugung nach vorläufigen Ziffern wieder 350.000 Paar betragen haben.

Die *Textilindustrie* hatte im Juli — neuere Ziffern sind noch nicht bekannt — ebenfalls infolge

von Urlauben in allen Zweigen stärkere Produktionsausfälle. Obwohl die im Rahmen des ERP vorgesehene Baumwolle regelmäßig und planmäßig einläuft, kann damit nur ein Teil der vorhandenen Spinnkapazität ausgenutzt werden.

Die Erzeugung der *Tabakfabriken*, die im ersten Halbjahr 1949 stark zurückgegangen war, nimmt seit Juli dank dem günstigen Absatze seit der letzten Preisermäßigung wieder stark zu. Der Schwarze Markt für Tabakwaren spielt nur noch eine geringe Rolle. Die *Zigarettenproduktion* erreichte im Juli mit 480 Mill. Stück bereits 139% und im August mit 390 Mill. Stück 113% von 1937.

### Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 433

Der Beginn der Herbstsaison brachte im Monat September eine stärkere Geschäftsbelegung. Die Umsätze des Einzelhandels (Gesamtindex) stiegen um rund 18%, jene der Wiener Warenhäuser um rund 37%.

### Saisongemäße und tatsächliche Umsatzentwicklung im 3. Quartal 1949

Monat	Damen- konfektion		Herren- konfektion		Schuhe		Hausrat	
	Saison- index <sup>1)</sup>	1949	Saison- index <sup>1)</sup>	1949	Saison- index <sup>1)</sup>	1949	Saison- index <sup>1)</sup>	1949
VII . . .	- 24	+ 5	- 11	+ 10	- 8	+ 11	- 3	+ 29
VIII . . .	- 33	- 1	- 25	- 7	- 29	- 5	- 2	+ 17
IX . . .	+ 66	+ 41	+ 38	+ 25	+ 8	+ 22	+ 48	+ 4

<sup>1)</sup> Berechnet auf Grund der Vorkriegsumsätze.

Das Zurückbleiben der monatlichen Zuwachsrate in einigen Branchen gegenüber der normalen Saisonbewegung erklärt sich aus dem noch immer steigenden Trend der Umsätze, der die sonst üblichen Umsatzrückgänge in den Monaten Juli und August stark abschwächte. Eine normale Saisonbewegung wird sich erst wieder nach einer gewissen Sättigung des Bedarfes und nach Ausschaltung der Spekulationen zeigen, die in den vergangenen Jahren immer wieder durch Gerüchte über bevorstehende Preis-Lohn-Abkommen und Währungsmaßnahmen Auftrieb erhielten.

Auch im Monat September dürften an der Umsatzbelegung nicht nur saisonbedingte Faktoren — einschließlich Wiener Messe und verschiedene Ausstellungen in den Bundesländern —, sondern auch Mutmaßungen über eine bevorstehende Wechselkursänderung beteiligt gewesen sein<sup>1)</sup>. Die Befürchtung einer Preiserhöhung veranlaßte vielfach eine Vor-

<sup>1)</sup> Im Jahre 1948 betrug die Umsatzsteigerung von August bis September nur 8% (im gesamten Einzelhandel) und 26% (in Warenhäusern) gegen 18% und 37% in diesem Jahre.

verlegung der Winter- und Weihnachtskäufe und eine stärkere Bevorratung. So wurde in der Textilbranche vor allem Meterware, die sich für eine Vorratshaltung besonders eignet, gekauft. Die Umsätze in Meterware stiegen gegenüber August um 53%, während die Zuwachsrate bei Herrenkonfektion 25%, bei Damenkonfektion 41% und bei Schuhen 22% betrug.

### Einzelhandelsumsätze in Meterware, Konfektionen und Schuhen im Jahre 1949

Monat	Meterware	Herren- konfektion <sup>1)</sup>	Damen- konfektion <sup>1)</sup>	Schuhe
		Jänner = 100		
II . . . .	128·2	120·7	151·0	138·8
III . . . .	194·0	204·5	238·4	164·7
IV . . . .	189·6	280·9	302·1	205·2
V . . . .	269·2	299·1	294·9	199·8
VI . . . .	155·7	176·8	200·0	167·6
VII . . . .	154·2	194·4	209·9	186·1
VIII . . . .	165·9	180·1	208·7	175·9
IX . . . .	254·2	225·9	294·9	214·4

<sup>1)</sup> Die Abweichungen von den in Nr. 8 der Monatsberichte, XXII, Jahrgang, September 1949, S. 312, angeführten Daten erklären sich durch eine Erweiterung der Erhebungsbasis.

Die erhöhte Kauflust erstreckte sich diesmal vor allem auf *Textilien und Bekleidung*, während in den letzten Monaten Möbel und Hausrat relativ am stärksten nachgefragt wurden. Die Umsatzsteigerung gegenüber August betrug in den Warenhäusern für Textilien und Bekleidung 42% und für Möbel nur 25%<sup>2)</sup>. Der Schuhhandel hatte eine über das saisonbedingte Ausmaß stark hinausgehende Geschäftsbelegung.

Im Einzelhandel mit *Nahrungsmitteln* sind die nahezu gleichbleibenden Umsätze (Erlösziffern) seit Juli bemerkenswert.

### Entwicklung der Nahrungsmittelumsätze im Einzelhandel Jänner 1948 = 100

Monat	1948	1949	Monat	1948	1949
VI . . . .	115·5	183·5	VII . . . .	129·5	208·8
VII . . . .	138·3	212·1	IX . . . .	135·7	207·6

Die Aufhebung weiterer Teile der Bewirtschaftung und die Preissteigerungen für Eier, Käse und Wurstwaren im Vergleich zu den bisherigen Höchstpreisen hätten höhere Wertumsätze erwarten lassen. Vielleicht kann dies damit erklärt werden, daß mit der Lockerung des Zuteilungssystems die laufenden Einkäufe von früher rationierten Lebensmitteln (Mehl, Weißgebäck) zum Teil abnahmen. Wahrscheinlich sind aber auch größere Einkommensteile für andere Konsumgüter verwendet worden.

<sup>2)</sup> Im August betrug die Zuwachsraten bei Textilien und Bekleidung 0 und bei Möbeln + 17%; im Juli + 4% und + 28%.

Dem *Papierhandel* und dem wirtschaftlich schwer kämpfenden *Buchhandel* brachte der Schulbeginn eine gewisse Geschäftsbelebung. Auch bei den langlebigen Gebrauchs- und Investitionsgütern war im September, vor allem in der *Autobranche* und im *Landmaschinen- und Eisenwarenhandel*, eine stärkere Umsatztätigkeit zu beobachten. Teilweise sollen auch hier — den Geschäftsberichten zufolge — Spekulationskäufe getätigt worden sein. Im Autohandel führte die Aufhebung des Bezugscheinzwanges zu einer allerdings nur geringen Steigerung des Importes gegen Agiodevisen. Trotz hohen Preisen reichen diese Einfuhren zur Befriedigung der Nachfrage nicht aus.

Im Rahmen der *Hausratsaktion* wurden Anfang Oktober 4 Mill. S für 643 schon im August bewilligte Hausratsdarlehen flüssig gemacht. Dadurch erhöht sich die Zahl der bisher ausgegebenen Kredite auf 1.484 und die Kreditsumme auf rund 9 Mill. S, das ist rund ein Fünftel des vorgesehenen Betrages. Wenn auch die Hoffnungen, die der einschlägige Handel in diese Aktion gesetzt hatte, bisher nicht erfüllt wurden, dürften die in den letzten Monaten ausgegebenen Kreditbriefe — mit einem Durchschnittsbetrag von rund 6.000 S — doch zur Belebung des Möbel- und Hausratsgeschäftes beigetragen haben.

Die im September erzielten Einnahmen aus der *Umsatzsteuer* bestätigen weitgehend die im letzten Bericht angeführte Stagnation der Umsätze im August; die Einnahmen sowohl aus der Steuer als auch aus dem Bundeszuschlag blieben nahezu unverändert.

Die Einnahmen aus den *Verbrauchssteuern* gingen — vor allem zufolge Verminderung der Erträge aus der Tabaksteuer (um 22%) und aus der Weinsteuer (um 20%) — gegenüber dem Vormonat um rund 16% zurück. Der Rückgang der Umsätze bei Tabakwaren besagt angesichts des außerordentlich hohen Absatzes im Vormonat nicht viel. Jedenfalls wurden auch im September, trotz Preisreduktionen, wertmäßig mehr Tabakwaren umgesetzt als in den vorhergehenden Monaten. Dagegen geht der Absatz von *Wein* infolge der anhaltend hohen Preise ständig zurück. *Bier* wurde im August zwar um etwa 7% mehr ausgeschenkt, wenn auch saisongemäß eine stärkere Zunahme zu erwarten war. Offenbar wirkte die Verteuerung des Bieres infolge der Steuererhöhung absatzhemmend.

Saisongemäß zeigte sich in den *Vergnügungsbetrieben* eine stärkere Geschäftsbelebung. In den Theatern stieg die Besucherzahl im September auf

mehr als das Doppelte des Vormonates. In den Lichtspielbetrieben, die auch im Sommer einen guten Besuch hatten, nahm sie nur um 2% zu.

### Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 434—436

Im September stieg die Zahl der krankenversicherten Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft um mehr als 12.000 auf 1.493.900. Selbst unter Berücksichtigung der saisonbedingten Abnahme der Beschäftigung in der Landwirtschaft erhöhte sich der Gesamtstand der Versicherten um fast 10.000 auf 1.964.400 Personen.

Dank Vorkehrungen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger kann das bei den Krankenkassen anfallende statistische Material nunmehr besser als bisher ausgewertet werden. In diesem Zusammenhang ist die monatliche Aufgliederung der Versicherten nach dem Geschlecht — im September waren von den 1.964.400 Versicherten 635.400 Frauen — sehr aufschlußreich.

Es ist bemerkenswert, daß der im September d. J. auf Grund der Krankenkassenstatistik festgestellte Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten (32,7%) — ohne Land- und Forstarbeiter und ohne pragmatisierte Bundes- und Gemeindeangestellte — annähernd gleich hoch war wie der anlässlich der Beschäftigtenzählung des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung vom März 1948<sup>1)</sup> festgestellte Anteil (31,9%)<sup>2)</sup>. Vor dem Kriege dagegen betrug dieser Anteil 36 bis 39%<sup>3)</sup>. Der relativ höhere Beschäftigungsgrad der Frauen vor 1938 mag darauf zurückzuführen sein, daß in den Krisenjahren die niedriger entlohnten Frauen von der Arbeitslosigkeit etwas weniger hart als die Männer betroffen wurden und daß die überwiegend mit weiblichen Kräften arbeitenden Konsumgüterindustrien vor dem Kriege ein stärkeres Gewicht in der Gesamtwirtschaft besaßen als heute.

<sup>1)</sup> Die Ergebnisse dieser Zählung sind vor einiger Zeit im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei erschienen. Der mehr als 300 Seiten starke Band bietet für die Sozial- und Wirtschaftspolitik eine Fülle wertvoller Anhaltspunkte.

<sup>2)</sup> Da die Beschäftigtenzählung etwas umfassender ist als die Krankenkassenzählungen, kann eine solche geringe Differenz auch auf die Unterschiede im Erfassungsbereich zurückzuführen sein.

<sup>3)</sup> 36,3% bei der Volkszählung im März 1934 und 39,6% in einer Aufstellung der Krankenversicherungsanstalten für März 1938. In allen Fällen wurde versucht, die Vergleichbarkeit so weit wie möglich herzustellen. Angesichts der Verschiedenheit der Erhebungsmethoden ist dies nicht vollkommen möglich.

Die weitere Entwicklung der Frauenarbeit ist demnach auch ein strukturelles Problem und hängt davon ab, ob sich die „Normalisierung“ der österreichischen Wirtschaft mehr oder minder in der Richtung einer stärkeren Betonung von Produktionszweigen vollziehen wird, die überwiegend Männer oder Frauen beschäftigen.

Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger bemüht sich weiter darum, die Zahl der Krankenversicherten *vollständiger als bisher* zu erfassen. Es ist jetzt möglich geworden, die Zahl der Bediensteten verschiedener Stadtgemeinden und der oberösterreichischen Landesregierung zu erfassen. Damit erhöht sich die Zahl der Krankenversicherten für September von 1.964.400 auf 1.989.000. Das Institut wird künftig auch diese Ziffer im statistischen Anhang seiner Monatsberichte veröffentlichen. Ein vollständiges Bild aller unselbständig Erwerbstätigen ist damit allerdings noch nicht gewonnen. Es fehlt noch immer eine große Gruppe von Personen, die aus verschiedenen Gründen nicht versichert sind<sup>1)</sup>.

Die den Herbstbeginn kennzeichnende Belebung der Wirtschaft spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkte wider. Zum ersten Mal seit April nahm im September die Zahl der *offenen Stellen* — wenn auch nur geringfügig um 164 — auf 37.643 zu. Vor allem wurden mehr Bauarbeiter, Textil- und Bekleidungsarbeiter gesucht. Bei reger Stellenvermittlung ging die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* um 1.107 auf 72.315 zurück (die fallende Tendenz hielt auch im Oktober an), obwohl sich relativ viele weibliche Arbeitskräfte als stellensuchend meldeten (die Zahl der stellensuchenden Frauen stieg um 1.816 auf 34.293).

Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden schließt — wie bereits öfters erwähnt — Arbeitskräfte ein, die aus verschiedenen Gründen nicht voll oder nicht sofort „einsatzfähig“ sind. In vielen Fällen ist eine Vermittlung bereits eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen, bei anderen ist die Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel vermindert, wieder andere wollen nur kurzfristig beschäftigt werden oder streben bloß einen Wechsel ihres gegenwärtigen Arbeitsplatzes an. Um diesen Sonderfällen Rechnung zu tragen, wird künftig im statistischen Teil ständig auch die Zahl der wirklich „*verfügbaren Arbeitslosen*“ gesondert aus-

gewiesen. Sie hat im September um 1.465 abgenommen und betrug am Monatsende 63.390 Personen.

Diese Ziffer stellt jedoch — abgesehen von den erwähnten „nicht verfügbaren“ Arbeitskräften — keineswegs die *Gesamtzahl* der arbeitslosen und arbeitswilligen Stellensuchenden dar. Arbeitslose melden sich in der Regel nur dann beim Arbeitsamt als „Stellensuchende“, wenn sie hoffen, durch das Arbeitsamt eine Stelle vermittelt zu erhalten oder wenn sie darauf reflektieren, für die Dauer der Arbeitslosigkeit unterstützt zu werden. In vielen Fällen treffen aber diese Voraussetzungen nicht zu. In einer Reihe von Berufen werden neue Arbeitskräfte nicht über das Arbeitsamt angeworben, sondern auf Grund von Empfehlungen oder Zeitungsinseraten aufgenommen. Außerdem war die Arbeitslosenunterstützung auf Grund des Arbeitslosenfürsorgegesetzes vom 15. Mai 1946 bisher nur eine Fürsorgeeinrichtung. Eine Unterstützung wurde nur gewährt, sofern der Lebensunterhalt des Stellenlosen und seiner Familie „gefährdet“ war. Stellensuchende, bei denen diese Bedingung nicht zutraf, sprachen vielfach bei den Arbeitsämtern gar nicht vor. In dieser Hinsicht ist allerdings durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 22. Juni 1949 — mit Wirkung vom 31. Oktober — eine Änderung eingetreten. Die Arbeitslosenunterstützung wird künftig nicht mehr eine Fürsorgemaßnahme, sondern einen Versicherungsanspruch darstellen und *jedem* Arbeitslosen zustehen, der in den letzten 12 Monaten insgesamt 20 Wochen in arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden ist. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wird voraussichtlich nicht nur die Zahl der *unterstützten Arbeitslosen* — die Ende September 42.250 betrug — größer werden, sondern auch die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen mit der tatsächlichen Arbeitslosenzahl besser als bisher übereinstimmen. Aber auch dann werden sich noch immer viele Arbeitslose bei den Arbeitsämtern nicht melden, z. B. jene, die erstmalig eine Arbeit suchen und daher nicht unterstützungsberechtigt sind, oder Landarbeiter und Hausgehilfinnen, auf die sich das Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht erstreckt, oder Arbeitslose, deren Anspruch auf Unterstützung erloschen ist<sup>2)</sup> und die infolge anderweitiger Sicherung ihres Lebensunterhaltes keine Notstandshilfe erhalten.

Auf der anderen Seite ist die Zahl der statistisch erfaßten „offenen Stellen“ wahrscheinlich

<sup>1)</sup> Es dürfte sich hierbei um etwa weitere 200.000 Personen handeln. Bezüglich der nichterfaßten Personengruppen s. Fußnote 16 zur Tabelle der Krankenversicherten in „Soziale Sicherheit“, 2. Jg., Nr. 6 (Juni 1949), S. 10.

<sup>2)</sup> Die Arbeitslosenunterstützung wird je nach der Länge der Vordienstzeit 12 bis 30 Wochen gewährt.

noch unvollständiger als die Zahl der Stellensuchenden, da sehr viele Betriebe neue Kräfte lieber auf Grund persönlicher Empfehlungen und Bewerbungen aufnehmen als auf dem Wege einer unvermeidlich ziemlich schematischen Zuweisung durch die Arbeitsämter.

## Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 437-438

Der *Güterverkehr* der Bundesbahnen war so wie in den Vormonaten auch im *August* relativ schwach. Die geleisteten Nutzlast-Tonnen-Kilometer sanken von 491·1 Mill. im Juli auf 461·8 Mill. im August; gleichzeitig gingen auch die täglichen Wagengestellungen von 4.614 auf 4.528 zurück. Damit dürfte der — teilweise auch saisonbedingt — tiefste Stand des Jahres erreicht worden sein. Seit Mitte September jedoch wird infolge der guten Ernte wieder verstärkt Frachtraum nachgefragt; in den ersten Oktoberwochen mußten sogar zusätzlich Bedarfsgüterzüge eingesetzt werden.

Der *Transitverkehr* hat sich in den Monaten August und September infolge verstärkten Durchzuges landwirtschaftlicher Güter aus dem Osten wieder belebt. Getreidelieferungen und lebende Tiere aus Ungarn, Obsttransporte aus Bulgarien mit Endbestimmung Westdeutschland und Schweiz bildeten die Hauptposten. Die nord-südlichen Kohlentransporte blieben nach wie vor schwach.

### Einnahmen aus dem Transitverkehr

(in 1000 Schweizer Franken)

Monat	Insgesamt	% von 1948	Kohle	Anderé Güter
Juli . . . . .	5.372	86·4	977	4.395
August . . . . .	5.478	83·9	1.082	4.366
September . . . . .	5.723	100·0	863	4.800

Der Transitverkehr aus Ungarn wird durch den neuen polnisch-ungarischen Verbandstarif stark konkurrenziert. Der Frachtweg nach den westlichen Kontinentalhäfen über den polnischen Hafen Gdynia ist derzeit billiger als der österreichische Durchlauf und wird vor allem für Massengüter vorgezogen. Angeblich wurden bereits 40.000 t Weizen über Polen geleitet<sup>1)</sup>. Weitere Abfertigungen sollen bevorstehen. Durch diese Umlenkung droht der österreichische Transit eine empfindliche Einbuße zu erleiden, zumal da durch sie gerade die längsten Durchlaufstrecken betroffen werden. Bereits vor dem Kriege bildete Gdynia für den ost-westlichen Schienentransport eine starke Konkurrenz, insbesondere für Verfrachtungen aus Rumänien nach Westeuropa. Infolge der ziel-

bewußten polnischen Hafen- und Schiffahrtspolitik muß daher mit einer Verlagerung der Frachtwege gerechnet werden, wenn Österreich dieser Gefahr nicht durch eine elastische Tarifpolitik zu begegnen versteht. Vor allem erschiene es zweckmäßig, die Transittarife stärker zu differenzieren. Die gegenwärtigen österreichischen Transitsätze nehmen keine Rücksicht darauf, daß die meisten Herkunftsländer die Möglichkeit besitzen, unter verschiedenen Transitstrecken zu wählen und gegebenenfalls österreichisches Gebiet zu vermeiden<sup>2)</sup>. In diesem Zusammenhang könnte unter anderem an die Wiedereinführung der sogenannten „Auslobung“<sup>3)</sup> gedacht werden.

Die *internationalen Währungsabwertungen* werfen für den österreichischen Transitverkehr vorläufig keine speziellen Probleme auf, da auch Ungarn, Jugoslawien und Italien in Schweizer Franken und Deutschland in Dollar ihre Transitfrachten erstellen und die CSR nicht abgewertet hat. Die Konkurrenzsituation bleibt daher solange unverändert, als nicht einzelne Länder, die ihre Währungen abgewertet haben, auch ihre Bahnnummernkoeffizienten ändern.

Im *Personenverkehr* machte sich im August erstmalig die Urlaubssaison stärker fühlbar; es wurden rund 6·7 Mill. Fahrkarten, daß heißt um fast 1 Mill. Stück mehr verkauft als im Juli. Berichten aus den Fremdenverkehrsgebieten zufolge dürfte im August die höchste Reisefrequenz des Jahres erreicht worden sein. Im Vorjahre betrug die Höchstziffer rund 8 Mill. Stück Fahrkarten. Der am 2. Oktober in Kraft getretene Winterfahrplan bringt mit Ausnahme weniger Einstellungen im Eilzugsverkehr keine nennenswerten Änderungen.

Die *Betriebseinnahmen* der Bundesbahnen waren im August mit 152·4 Mill. S um 6·6 Mill. S niedriger als im Juli. Dieser Rückgang geht fast ausschließlich auf Konto der „Sonstigen Einnahmen“; die Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr waren im August (150·6 Mill. S) fast gleich hoch wie im Juli (150·9 Mill. S).

Die unverhältnismäßig hohen *Ausgaben* im Juli (232·1 Mill. S) sanken im August auf 162·8 Mill. S und erreichten damit wieder ein normales Ausmaß. In der *laufenden Betriebsgebarung* (137·5 Mill. S Ausgaben) wurde erstmalig seit Kriegsende ein Betriebsüberschuß von 14·9 Mill. S erzielt.

<sup>1)</sup> Die Schweiz gewährt z. B. für französisches Durchzugsgut, das aus dem Raum nördlich der Seine kommt, erniedrigte Frachtsätze, um mit der deutschen Strecke konkurrieren zu können.

<sup>2)</sup> Der ausländische Verfrachter erhält bei Benutzung der österreichischen Strecke den Differenzbetrag gegenüber einem billigeren Frachtweg rückerstattet plus einem gewissen Aufschlag.

<sup>1)</sup> Siehe Zeitschrift „Verkehr“ Nr. 38 v. 22. IX. 1949, S. 89r.

Laufende Betriebsgebarung der Bundesbahnen

Monat	Betriebszahl <sup>1)</sup>		Betriebsabgang		Nutzlast-t-km in % v. 1948 monatsweise 1949
	1949 in %	1948	1949 Mill. S	1948	
I . . . . .	149·1	127·3	43·4	24·6	114·2
II . . . . .	146·8	143·7	43·2	34·9	116·4
III . . . . .	135·6	137·0	35·9	32·7	127·6
IV . . . . .	126·9	123·4	29·4	22·5	112·1
V . . . . .	119·4	140·6	23·0	36·0	117·2
VI . . . . .	104·5	144·4	6·1	42·0	99·9
VII . . . . .	127·6	124·2	43·9	25·2	92·9
VIII . . . . .	90·2	124·2	+ 14·9	26·5	90·9
Ø I—VIII	121·9	132·5	26·3	30·6	108·1

<sup>1)</sup> Ausgaben in Prozent der Einnahmen.

Die Entwicklung der Betriebsgebarung in den ersten acht Monaten des Jahres zeigt — abgesehen vom Monat Juli — eine kontinuierliche Besserung. Im Vergleich zum Vorjahre verbesserte sich im Durchschnitt der ersten acht Monate die Betriebszahl von 132·5% auf 121·9%.

Die seit Juli getroffenen *Tarifmaßnahmen* sehen vor allem Tarifiermäßigungen für Rundholz, Schleifholz, Grubenholz<sup>1)</sup> sowie Exportschnittholz<sup>2)</sup>, ferner für Papier und Pappen aller Art sowie für Bier vor<sup>3)</sup>. Während die neuen Tarife für Holz den Absatz der Holzwirtschaft erleichtern sollen, sind die Frachtermäßigungen für Papier, Pappe und Bier Maßnahmen gegen die drohende Konkurrenz des Kraftwagenverkehrs. Dies geht deutlich daraus hervor, daß nunmehr Papierwaren der Klasse A (hochwertige Güter) auf Entfernungen bis 100 km nach den billigen Frachtsätzen der Klasse G, die eigentlich nur für Massengüter (Brennholz, Briketts, Scherben, Schlacke usw.) gedacht sind, befördert werden und niedrigere Frachtkosten haben als Massengüter der Klasse F (z. B. Kohle, Asphalt, Bauxit, Roheisen). Das Werttarifprinzip, das schon durch die Tarifreform stark eingeschränkt wurde, wird damit vollkommen durchbrochen. Der jetzige, volkswirtschaftlich und bahnwirtschaftlich gleich unbefriedigende Zustand<sup>4)</sup> legt eine zweckmäßige

<sup>1)</sup> Die bisher nach den Klassen F 10 und F berechneten Frachten werden seit 1. Oktober nach den um 10% gekürzten Frachtsätzen der Klassen G 10 und G berechnet. Rundholz für Heizzwecke aus Osttirol nach Wien erhielt eine 20%ige Frachtermäßigung.

<sup>2)</sup> Der bisherige Inlandsfrachtsatz wird nunmehr auch im Export angewendet (Klasse F 10 und F).

<sup>3)</sup> Transporte bis 100 km werden nach Klasse G mit Nebenklassen, bis 200 km nach Klasse F mit Nebenklassen, bis 300 km nach Klasse E mit Nebenklassen und bis 400 km nach Klasse D mit Nebenklassen berechnet.

<sup>4)</sup> Siehe „Die wirtschaftliche Bedeutung der Gütertarifreform der Österreichischen Bundesbahnen“, in Nr. 8 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXII. Jahrgang, August 1949, S. 316.

Aufteilung der Aufgaben zwischen Schiene und Straße dringend nahe. Es ist vorgesehen, die im Zuge der Tarifreform gewährten Ausnahmetarife für Massengüter aufzuheben. Die für Kohle und Roheisen bis 31. Dezember 1949 befristeten Ausnahmetarife wurden bereits gekündigt. Gegenwärtig finden Verhandlungen mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft statt, die sich für eine Verlängerung der Ausnahmetarife einsetzt.

Die Leistungen der *Donauschifffahrt* (Linz—Regensburg) gingen im Monat September infolge des ungünstigen Wasserstandes etwas zurück. In der Talfahrt wurden 85.623 t (90.798 t im August) und in der Bergfahrt 1.650 t (990 t) bewältigt. Talwärts wurde vor allem Kohle (85.092 t) geführt; der Rest verteilte sich auf Steinkohlenteeröl, Palmkernöl und Ferrosilizium. Die Frachten stromaufwärts bestanden aus Blechen und Papier. Die Frachtkontrakte für die Bergfahrt sind nach wie vor wenig bedeutend. An den angegebenen Verladeziffern ist der Bayerische Lloyd mit durchschnittlich 30% beteiligt.

Auf dem Gebiete des *Straßenverkehrs* ist der Beitritt Österreichs (am 13. September 1949) zum Abkommen über die „Freiheiten im internationalen Straßenverkehr“, das vom Inland-Transportkomitee der OEEC vorgeschlagen wurde, sowie die Unterzeichnung (am 19. September 1949) der von der UNO vorgeschlagenen Weltkonvention über den Straßenverkehr erwähnenswert. Ersteres Abkommen bemüht sich vor allem um eine größere Freizügigkeit im internationalen Güter- und Personentransport sowie im Touristenverkehr. Es hat für das Reise- und Transitland Österreich besondere Bedeutung, da künftig voraussichtlich auch andere Länder dem Beispiele Österreichs folgen und ihre Staatsgrenzen dem Straßenverkehr offen halten werden<sup>5)</sup>. Die Weltkonvention über den Straßenverkehr behandelt technische und rechtliche Fragen des Straßenverkehrs. Das Abkommen knüpft an die Pariser Konvention von 1926 und an die Genfer Konvention von 1931 an, trägt jedoch der modernen Verkehrsentwicklung seitdem Rechnung.

## Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 439—440

Im Gegensatz zur starken Belebung der Produktion und der Umsätze im Inland ist die *Ausfuhr* seit

<sup>5)</sup> So können z. B. im Verkehr mit Italien italienische Fahrzeuge ungehindert nach Österreich einfahren, während dies in umgekehrter Richtung nur mit einer ministeriellen, praktisch kaum erhältlichen Genehmigung möglich ist. Italien ist übrigens dem Abkommen nur so weit beigetreten, als es nicht den grenznachbarlichen Güterverkehr auf der Straße betrifft.



Mai rückläufig. Im August sank sie mengenmäßig um 13% und wertmäßig um 14% auf 220,8 Mill. S und erreichte damit den niedrigsten Stand seit November vorigen Jahres. Selbst unter Berücksichtigung saisonmäßiger Einflüsse ist der Rückschlag unverkennbar, da auch der saisonbereinigte Ausfuhrindex<sup>1)</sup> gegenüber dem Vormonat um 7% fiel.

Während im Juli der Exportrückgang noch auf besondere Umstände im Italiengeschäft zurückgeführt werden konnte, ging im August die Ausfuhr nach fast allen wichtigen Abnehmerländern zurück. Nur die Tschechoslowakei, die Schweiz, Belgien, Bulgarien, Schweden und Spanien bildeten Ausnahmen. Die Ausfuhrschwierigkeiten beginnen sich bereits auf die Binnenproduktion auszuwirken. So meldet der Septemberbericht der Industriesektion der Bundeskammer, daß die Roheisenproduktion in diesem Monat infolge Exportschwierigkeiten von 75.922 t auf 70.864 t zurückging und daß auch in der Papierindustrie die ungünstige Exportlage zu Produktionseinschränkungen geführt habe.

Angesichts dieser ernsten Lage wäre es dringend geboten, daß die Exporteure von den neu gebotenen Erleichterungen im Außenhandel durch leistungs- und konkurrenzfähige Angebote vollen Gebrauch machen. Dabei ist vor allem an die Beseitigung des Genehmigungsverfahrens für bestimmte österreichische Exporte in die deutsche Trizone zu denken. Auf Grund des am 1. Oktober in Kraft getretenen neuen Handelsvertrages können künftig alle Waren außer Papier, Holz und Spezialstahl, die kontingentiert bleiben, und außer Zellstoff, Kunstdünger und mineralische Farben, deren Einfuhr gänzlich gesperrt wird<sup>2)</sup>, frei ausgeführt werden. Zu den exportfördernden Maßnahmen gehört weiters die Erweiterung des Verrechnungsrahmens und der Kontingentlisten im Handelsverkehr mit Ungarn und die Abschaffung der Quotenbeschränkungen für eine Reihe wichtiger Waren im Verkehr mit England, Frankreich, Italien und Belgien im Rahmen des von der OEEC betriebenen Programmes der Liberalisierung des Außenhandels unter den Marshallstaaten. Die Zollermäßigungen, die die 33 Teilnehmerstaaten der Zoll- und Handelskonferenz in Annecy durchsetzen, sind zwar für Österreich als Nichtteilnehmer

<sup>1)</sup> Über die Einführung eines „saisonbereinigten“ Index der Ausfuhrentwicklung siehe weiter unten.

<sup>2)</sup> Im Jahre 1948 entfielen 51,4% der österreichischen Ausfuhr nach Deutschland auf Kunstdünger und weitere 6,4% (in der Reihenfolge ihrer Bedeutung) auf Zellstoff, Papier, Holz und Spezialstahl. Farben wurden keine ausgeführt.

unmittelbar nicht von Bedeutung und werden sich praktisch nur im Handelsverkehr mit Ländern auswirken, die keine Devisenkontrollen und keine Kontingentsysteme besitzen. Die Senkung der Zölle in diesen Staaten wird aber die Position Österreichs bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen erleichtern; ebenso könnte die Ausdehnung des Meistbegünstigungsrechtes gewisse Vorteile bringen.

Die kommerzielle *Einfuhr* ging im August um 7% auf 336,9 Mill. S zurück; es ist dies der niedrigste Stand seit Februar dieses Jahres.

Das Österreichische Statistische Zentralamt hat nunmehr erstmalig auch die *direkten* Einfuhren aus dem ERP (unconditional aid ohne Kohlenlieferung) — beginnend mit Juli 1949, gegliedert nach Waren und Ländern — veröffentlicht. Die Importe aus den Ziehungsrechten (drawing rights) und sämtliche Kohlenlieferungen scheinen wie bisher in den kommerziellen Einfuhrziffern auf<sup>3)</sup>.

Die *direkten* Importe aus dem ERP betragen im Juli 116 Mill. S und im August 122 Mill. S. (Der auf einen Monat entfallende Anteil der direkten Marshall-Plan-Hilfe für das Jahr 1949/50 würde — unter Berücksichtigung der 4,4%igen Kürzung — ungefähr 139 Mill. S betragen.) Einschließlich der kommerziellen Einfuhr betrug der Wert der *gesamten Einfuhr* im August 459 Mill. S, gegenüber einer Ausfuhr von nur rund 221 Mill. S. Der Einfuhrüberschuß von 238 Mill. S<sup>4)</sup> war also um 7,7% größer als die Ausfuhr. Erst diese jüngste Publikation des Statistischen Zentralamtes zeigt annähernd<sup>5)</sup>, wie groß unser Handelsbilanzdefizit gegenwärtig wäre, wenn wir versuchten, das derzeitige Einfuhrvolumen ohne Marshall-Plan-Lieferungen aufrechtzuerhalten.

Neben dieser neuen Veröffentlichung bleibt aber auch die bisherige Gegenüberstellung der *kommerziellen* Einfuhr und Ausfuhr aufschlußreich. Freilich gelingt dieser Vergleich nur unvollkommen, da in den kommerziellen Einfuhrziffern auch die „drawing rights“ und die ERP-Kohlenlieferungen enthalten sind. Einschließlich dieser ERP-Importe betrug das Handelsbilanzdefizit im August 116 Mill. S und im Juli 107 Mill. S. Nimmt man jedoch in grober Schätzung an, daß auf jeden Monat durchschnittlich

<sup>3)</sup> Siehe den statistischen Teil dieses Heftes S. 440. Von einer länderweisen Aufgliederung muß wegen Platzmangel abgesehen werden. Der überwiegende Teil der unconditional aid kommt aus den Vereinigten Staaten (im Juli 92%).

<sup>4)</sup> 223 Mill. S im Juli.

<sup>5)</sup> Auch nur annähernd deshalb, weil einzelne ERP-Güter in der Importstatistik unter ihren Weltmarktpreisen bewertet werden.

ein Zwölftel der Nettoziehungsrechte und der Kohlenlieferungen aus der direkten Marshall-Plan-Hilfe entfallen<sup>1)</sup>, so ermäßigt sich das Handelsbilanzdefizit aus den kommerziellen Umsätzen auf 44 Mill. S (August) und 35 Mill. S (Juli). Diese Zahlen geben eine ungefähre größenmäßige Vorstellung des Handelsbilanzdefizits, das gegenwärtig tatsächlich — unbeschadet der ERP-Hilfe — aus den Erlösen des Stromexports, des Fremden- und Transitverkehrs und aus finanziellen Transaktionen gedeckt werden muß.

#### Bereinigung des Index der österreichischen Ausfuhr von Saisonschwankungen

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung von einem Monat zum anderen ist es häufig wichtig, saisonmäßige Einflüsse auszuschalten, um die langfristige Entwicklung, den sogenannten „Trend“, die Konjunkturlage oder irreguläre Schwankungen festzustellen. Das Institut hatte deshalb vor dem Kriege für wichtige Wirtschaftsreihen saisonbereinigte Indizes berechnet.

Infolge der großen innerwirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen waren die Saisoneinflüsse nach dem Kriege stark zurückgetreten oder verändert worden. Die noch aus der Vorkriegszeit stammenden Indizes der Saisonschwankungen können daher heute vielfach nicht verwendet werden. Über die Entwicklung der Wirtschaft seit Kriegsende liegen noch zu wenig und nicht genügend zuverlässige Unterlagen vor, die eine Berechnung gestatten würden.

Aus diesen Gründen können verschiedene Wirtschaftsreihen erst in einigen Jahren saisonbereinigt werden. Nur dort, wo sich die Saisonschwankungen gegenüber der Vorkriegszeit nur wenig geändert haben, mag heute schon der Versuch gerechtfertigt sein, diese — wenn auch nur *provisorisch* — auszuschalten. Die Voraussetzungen für eine einigermaßen aufschlußreiche Bereinigung von Saisonschwankungen treffen gegenwärtig vielleicht am ehesten für die Entwicklung der Ausfuhr zu.

Die nebenstehende Abbildung zeigt, daß sich die saisonbereinigte Reihe der Ausfuhrentwicklung dem Trend genügend anpaßt. Die Restschwankungen sind auf irreguläre Einwirkungen zurückzuführen, denen der Außenhandel heute noch besonders häufig ausgesetzt ist. So ist z. B. der plötzliche Rückgang der saisonbereinigten Reihe von Juni auf Juli 1949 aus-

<sup>1)</sup> In Wirklichkeit dürfte auf die Monate Juli und August ein geringerer Anteil entfallen sein, da in diesem Zeitpunkt die Erhöhung der Ziehungsrechte Österreichs gegenüber dem Vorjahr noch nicht feststand.

#### Index der Ausfuhr

Monat	1947		1948		1949	
	a)	b)	a)	b)	a)	b)
Jänner . . . . .	14'3	23'3	52'8	71'4	135'2	141'3
Februar . . . . .	16'9	25'7	64'7	76'3	142'0	144'9
März . . . . .	27'5	28'3	85'9	81'3	173'5	164'2
April . . . . .	27'9	31'4	87'3	86'2	156'3	153'5
Mai . . . . .	38'8	35'5	98'9	91'0	176'2	167'2
Juni . . . . .	45'2	40'1	97'5	96'8	174'8	170'3
Juli . . . . .	43'4	44'1	105'1	103'4	154'6	155'7
August . . . . .	41'5	47'7	96'4	110'1	133'6	144'7
September . . . . .	45'7	52'1	110'8	117'0		
Oktober . . . . .	62'2	57'0	115'6	123'5		
November . . . . .	70'6	62'0	132'5	129'6		
Dezember . . . . .	75'7	66'7	152'6	136'0		

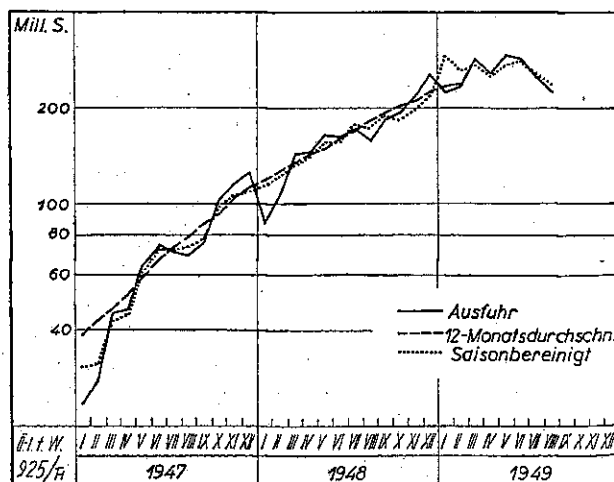
a) unbereinigt; b) saisonbereinigt.

schließlich auf Schwierigkeiten zurückzuführen, die im Zusammenhang mit dem neuen italienischen Handelsvertrag in Erscheinung traten<sup>2)</sup>.

Der Saisonindex wurde als durchschnittliche prozentuelle Abweichung der monatlichen Ursprungsziffern von ihrem zwölfmonatlichen Durchschnitt berechnet (*Macaulay-Methode*)<sup>3)</sup>. Die Macaulay-Methode zur Ausschaltung der Saisonschwankungen wurde den geänderten Umständen der Nachkriegszeit angepaßt.

#### Saisonbereinigung der Ausfuhr

(Logarithmischer Maßstab; in Millionen Schilling)



Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Ausfuhr, die beweglichen Zwölfmonatsdurchschnitte und die durch den neuen Saisonindex bereinigten Ausfuhrziffern. Die saisonbereinigte Reihe paßt sich dem Trend im ganzen gut an, wenn auch die für die Nachkriegszeit charakteristischen plötzlichen Änderungen der Ausfuhr gelegentlich größere Abweichungen verursachen.

<sup>2)</sup> Siehe Nr. 9 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXII. Jg., September 1949, S. 364.

<sup>3)</sup> Siehe Otto Donner, „Die Saisonschwankungen als Problem der Konjunkturforschung“, Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 6 (Berlin 1928), S. 42 f.

Die Verhältniszahlen: Ursprungswert dividiert durch Zwölfmonatsdurchschnitt wurden f. d. J. 1930 bis 1936 und 1947 bis 1948 berechnet. Ausgehend von dem Gedanken, daß die Saisonschwankungen der Vorkriegszeit auch für die heutige Ausfuhr von Bedeutung sind, andererseits aber die Strukturänderungen der Nachkriegszeit besondere Beachtung verdienen, wurde aus diesen Verhältniszahlen ein bereinigter Durchschnitt gebildet, bei dem jedem der sieben Vorkriegsjahre das Gewicht 1, 1947 das Gewicht 2 und 1948 das Gewicht 3 gegeben wurde. Diese Durchschnittsziffern der monatlichen Verhältniszahlen wurden dann in Saisonindexziffern verwandelt.

Da die Veröffentlichung eines saisonbereinigten Index der Ausfuhr die trendmäßige und konjunkturelle Entwicklung zeigen soll, legt das Institut diesem Index die beweglichen Zwölfmonatsdurchschnitte zugrunde und korrigiert nur die Ergebnisse der letzten sechs Monate, für welche die Zwölfmonatsdurchschnitte noch nicht berechnet werden können, auf Grund der Saisonindexziffern. Diese korrigierten Zahlen, die in Kursivschrift gedruckt sind, können als eine erste Annäherung an die Trend- und Konjunkturlinie des Zwölfmonatsdurchschnittes angesehen werden, enthalten aber im Gegensatz zu dieser irreguläre Schwankungen und kurzfristige Konjunkteinflüsse. Als Basis für den saisonbe-

reinigten Index wurde der Monatsdurchschnitt des Jahres 1948 gewählt.

Das Institut beabsichtigt, die hier ermittelten provisorischen Indexziffern jährlich auf Grund der Ergebnisse der Nachkriegsjahre zu revidieren<sup>1)</sup> und so das Gewicht der Indexziffern in wachsendem Maße auf die Erfahrung der Nachkriegsjahre zu verlegen. Sobald genügend Daten für die Nachkriegszeit vorliegen und die Saisonschwankungen keinen plötzlichen Änderungen mehr unterliegen, wird es möglich sein, zu der verfeinerten *Wald'schen Methode* der Saisonbereinigung zurückzukehren, die das Institut in den Vorkriegsjahren erfolgreich benützte. Vorläufig liegen dazu die Voraussetzungen noch nicht vor<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Die erste Revision kann Mitte 1950 erfolgen, wenn die Zwölfmonatsdurchschnitte für 1949 und damit die Abweichungen der Ursprungswerte von den Zwölfmonatsdurchschnitten berechnet und bei der Aufstellung der Saisonindexziffern berücksichtigt werden können.

<sup>2)</sup> Siehe A. Wald, „Berechnung und Ausschaltung von Saisonschwankungen“, Beiträge zur Konjunkturforschung Nr. 9, herausgegeben vom Österreichischen Institut für Konjunkturforschung (Wien 1936).

## Zur Entwicklung des Kino- und Theaterbesuches in Wien

### Die ökonomischen Hintergründe der „Theaterkrise“

Solange ein allgemeiner Warenmangel herrschte und daher ein hoher Kaufkraftüberschuß bestand — also während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren —, konzentrierte sich die Nachfrage der Konsumenten naturgemäß auf die wenigen nicht-rationierten Güter und Dienstleistungen, besonders auf jene, deren Preise relativ niedrig geblieben waren. So erlebten neben dem Buch- und Kunsthandel besonders die Kinos, Theater und Konzertunternehmungen eine ausgesprochene Hochkonjunktur.

Die Währungsreform, das zunehmend steigende Angebot an Gütern sowie die starke Nivellierung der Einkommen haben jedoch die Nachfrage wieder stark zugunsten der „dringlicheren“ Güter des täglichen Bedarfes verschoben.

Seit Beginn des Jahres 1948 gerieten daher verschiedene Kultureinrichtungen, vor allem die Theater, in eine immer schwierigere finanzielle Lage. In den zahlreichen, vielfach unter dem Schlagwort

„Kulturkrise“ geführten Diskussionen wurde mit Recht auf den großen indirekten Einfluß der kulturellen Einrichtungen auf das gesamte Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs hingewiesen und daraus die Notwendigkeit einer Unterstützung kultureller Einrichtungen in Notzeiten abgeleitet.

Im folgenden wird versucht, die Entwicklung des Kino- und Theaterbesuches in Wien näher zu analysieren und insbesondere die wirtschaftlichen Hintergründe des Rückganges des Theaterbesuches, aber auch die Möglichkeiten einer dauerhaften Lösung der „Theaterkrise“ zu beleuchten.

#### Kinobesuch

Die Zahl der Kinobesucher in Wien ist während der letzten zehn Jahre (von 27,5 Mill. Personen 1938 auf 52,7 Mill. 1948) erheblich gestiegen. Die höchste Besucherzahl wurde nach einem stetigen Anstieg im Jahre 1944 mit 60 Mill. Personen erreicht. Im laufenden Jahr dürften voraussichtlich etwa 50 Mill.